

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Trump, die Ökonomie und die Zölle



Die internationalen ökonomischen Rahmenbedingungen

Für eine Auseinandersetzung mit dem Handeln Trumps ist es sinnvoll, zuerst einen Blick auf die ökonomische Weltlage zu werfen. Dort sind seit einiger Zeit wichtige Veränderungen zu beobachten, dazu zählen vor allem der Aufstieg Chinas und die sich daraus ergebenden Verschiebungen der weltpolitischen Lage. China ist bekanntlich inzwischen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in US-Dollar (umgerechnet zu den aktuellen Wechselkursen) nach den USA die zweitgrößte Volkswirtschaft. Wird mittels Kaufkraftparität umgerechnet, hat China die USA bei der Wirtschaftsleistung bereits überholt. Gleichzeitig wird China auch bei technisch anspruchsvollen Produkten immer stärker. Chinesische Produzenten werden in steigendem Ausmaß zu Konkurrenten der Hersteller in den kapitalistischen Metropolen, wo bis vor kurzem die Produktion

Fortsetzung auf Seite 3

Seit seinem Amtsantritt zur zweiten Präsidentschaft ist Donald Trump dabei, einschneidende Korrekturen an der bisherigen Politik der USA umzusetzen, mit am spektakulärsten bei der Zollpolitik. Meistens geschieht das in typischer Trump-Manier, mit radikalen Ankündigungen, deren baldige Aussetzung, Verhandlungen über Deals, begleitet von neuen Drohungen usw. Diese Politik wird oft als erratisch und chaotisch bezeichnet, eine Kennzeichnung, die durchaus ihre Berechtigung hat. In den hiesigen Medien liest man häufig Wortmeldungen von Ökonomen, die erklären, wie schädlich die Zölle für die Weltwirtschaft wären, auch den Amerikanern selbst würden sie keineswegs nützen. Dieser Kritik kann man, zumindest in vielen Fällen, eine Berechtigung nicht absprechen.

Trumps Politik ist sicher nicht frei von Widersprüchen und er handelt

nicht kohärent im Sinne einer ökonomischen Schule. Trotzdem folgt das Agieren Trumps einer Logik und basiert auf einer Interpretation der US-amerikanischen Interessen. Das soll im folgenden aufgezeigt werden.

Inhalt

Trump, die Ökonomie und die Zölle	1
Oxfams Ungleichheitsbericht und die Macht der Milliardäre	13
Klassenfragen enden nicht nach 67 Lebensjahren	18
Starmers Labour, ein neues Projekt	20
Rezensionen:	
Verzweifelt Vermächtnis: Jean Ziegler's „Trotz alledem!“	21
Feuerdörfer, Wehrmachtsverbrechen in Belarus	22
Karuscheits Trilogie zur neueren deutschen Geschichte	23
Impressum	30

In eigener Sache

Die Bundesregierung offenbart nach Monaten luftiger Absichtserklärungen und Durchhalteparolen ihre Vorstellungen von einem Haushalt 2026. Der Bundesrechnungshof rechnet nach und kommt zu dem Ergebnis, dass der Bund nächstes Jahr über 170 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen wird, etwa hälftig für den Kernhaushalt und die „Sondervermögen“. Damit wird künftig der Schuldendienst, ähnlich wie in den USA, zum größten Haushaltsposten werden. Seit Wochen ist nur mehr von Trickereien die Rede, um einen zustimmungsfähigen Haushalt auszuweisen.

Für die SPD hat sich die Nibelungen-treue zur CDU nicht ausgezahlt, die Kommunalwahlen in NRW bescheinigen ihr vor allem in den Großstädten des Ruhrgebiets ihren Bedeutungsverlust. Es gewinnt die AfD, sie verdreifacht ihr Ergebnis und legt nach und nach das Image der Ostpartei ab. Jetzt aber müsse man die Probleme schonungslos angehen, so schallt es aus den Parteizentralen. Als hätte man das nicht schon in allen Tonlagen gehört. Die nächsten Niederlagen der früheren Massen- und Volksparteien können kommen.

Selten treffen Entscheidungen in der kapitalistischen Welt auf unsere ungeteilte Zustimmung, eine Ausnahme bildet ein kürzlich veröffentlichtes Dekret des US-Präsidenten. Das Verteidigungsministerium heißt jetzt Kriegsministerium. Das Kindchen darf sich jetzt offen zu seiner Mutter bekennen. Wir hoffen, dass die politische Ehrlichkeit bei den europäischen Nato-Partnern Einzug hält. Auch dem deutschen Fachminister Pistorius würde die neue Titulierung schließlich gut zu Gesicht stehen.

Die Betrachtung der Zollpolitik des US-Präsidenten setzt die Analyse des Rechtspopulismus in den USA fort. Dabei wird schnell klar, dass der Ansatz des US-Präsidenten weit über die „klassischen“ Vorstellungen vom wirtschaftlichen Nutzen dieser Abgabe hinausgeht. Diese neuartigen Erfahrungen machen zurzeit auch die Handelspartner.

Den Kommentar zum Armuts- und Reichtumsbericht von Oxfam für dieses Jahr konnten wir leider nicht in den letzten Nummern der Arbeiterstimme unterbringen. Dabei thematisiert der Artikel, über die bloßen Vermögenszahlen hinaus, ein zunehmend wichtig gewordenes, aktuelles Problem der Gegenwart: die massiv gestiegene Macht und der wei-

ter wachsende Einfluss von Milliardären und ihre unmittelbaren Eingriffe in die Gesellschaften, die von ihren Entscheidungen abhängen. Ob sich die Buddies Elon und Donald aktuell gerade grün sind oder nicht.

Die Rückseite der Milliardenvermögen, die (Eigen-)Finanzierung der Renten, greift ein Artikel auf, der uns von einem langjährig verbundenen Leser zugesandt wurde. Dabei gehen die Erfordernisse der Gewinnmaximierung vor. Die Sicherstellung einer Rente, die das Leben ohne Lohnarbeit in Würde ermöglicht, wird dieser Prämisse durch die zahlreichen „Reformen“ mit den bekannten Folgen untergeordnet.

In Großbritannien machen die großen, rechtsradikal organisierten Demonstrationen gegen die MigrantInnen Schlagzeilen, der berüchtigte Nigel Farage feiert mit der Rechtspartei Reform UK neue Erfolge. Dabei war doch die Regierung Starmer mit einigen Vorschusslorbeeren gestartet, um die Johnson-Jahre hinter sich zu lassen. Unser englischer Genosse fasst diese weitere Übergangszeit in einem Beitrag zusammen.

Die Rezensionen nehmen diesmal einen ihnen gebührenden Raum ein. Ein Thema hat mit der Hinwendung der Bundeswehr nach Osten für kaum mehr erwartbare Aufmerksamkeit in linken Milieus gesorgt: die Wehrmachtsverbrechen in Belarus. Eine schon seit Jahrzehnten vorliegende Zeitzeugenbefragung aus Belarus wurde unter dem Titel „Feuerdörfer“ in der Bundesrepublik erstmals verlegt, ein Genosse hat die Ausgabe für diese Nummer gewürdigt.

Etwas kurios mutet eine Geschichte an, die die Gruppe seit vielen Jahren begleitet hat. Unser Genosse Hans Steiger hatte einen Namenszwilling in der Schweiz, der den Kontakt aufgenommen hat. Auch er steht politisch links und ist für unsere Ausrichtung aufgeschlossen. Vor allem fanden sich beide Steiger einander so verbunden, dass der Kontakt niemals abbricht. Der Schweizer Hans Steiger stellt seinem Namensvetter zu Ehren der Arbeiterstimme eine Rezension zur Verfügung, die Jean Zieglers neues Buch „Trotz alledem! Warum ich die Hoffnung auf eine bessere Welt nicht aufgebe.“ vorstellt. Jean Ziegler wiederum hat die Arbeit unserer Gruppe gekannt, unsere Veröffentlichungen geschätzt und uns Mut zugesprochen. Deshalb ist es uns ein doppeltes Anliegen, mit diesem Text beide Genossen zu Wort kommen zu lassen.

Mit einer längeren Darstellung greift unser Autor die Analyse von Heiner Ka-

ruscheit zum Weg des Deutschen Kaiserreichs in den Ersten Weltkrieg auf. Insbesondere die Frage, wie diese Gesellschaftsordnung zu charakterisieren ist. Bürgerlich oder nicht, welche Klasse herrschte in Wilhelms Reich? Dass in dieser Betrachtung bisherige Erklärungsmuster des linken Politikverständnisses von Lenin bis zur SED/DKP verworfen werden, blieb in der Redaktion nicht unwidersprochen. Wir veröffentlichen den Text, weil wir erstens neue Ansätze nicht ausblenden wollen und zweitens unsere Leserschaft für kompetent genug halten, sich eine eigene Meinung zu bilden. Ein Leserbrief Karuscheits zur Strategie linksradikaler Politik während der Novemberrevolution in Deutschland schließt den Themenkreis ab.

Ein technisches Versehen hat in der letzten Printausgabe den Beitrag „Israel im Krieg“ getroffen und ihm seinen Schlussteil genommen. Wir möchten uns bei unserem Autor Georg Auernheimer und den LeserInnen dafür entschuldigen.

Allerdings war unsere Online-Ausgabe nicht betroffen, der Gesamttext stand immer zur Verfügung und kann nach wie vor abgerufen werden (arbeiterstimme.org/2025/134-nr-228/190-israel-endlos-im-krieg-von-der-nationalen-heimstaette-zu-eretz-israel).

Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, dass Georg Auernheimers neues Buch „Zweierlei Antisemitismus. Staatsräson vor universellen Menschenrechten?“ im August 2025 erschienen ist und unter anderem die Rolle des Antisemitismus in der Politik der Bundesrepublik untersucht. Wir halten diesen Aspekt im Anschluss an die Diskussion mit dem Autor im Mai dieses Jahres für außerordentlich wichtig. Israelkritische Linke jeglicher politischer Ausrichtungen sind von den deutschen Repressionsmaßnahmen, Verleumdungen und Verurteilungen betroffen. Auernheimers Darlegung werden wir in der nächsten Nummer der Arbeiterstimme vorstellen und bewerten.

Beachtet bitte bei euren Überweisungen die Neue Bankverbindung:

M. Derventli, GLS-Bank

IBAN: DE70 4306 0967 1353 5653 00

BIC: GENODEM1GLS

Wir weisen nochmal auf unsere diesjährige Jahreskonferenz am 4. und 5. Oktober in Nürnberg hin. Anmeldungen erfolgen über die Redaktionsadresse.

Die Linke Literaturmesse in Nürnberg findet heuer vom 31. Oktober bis 2. November statt.

von Gütern der Hochtechnologie fast ausschließlich konzentriert war.

Zum Verständnis der Situation gehört auch, sich zu vergegenwärtigen, unter welchen Bedingungen sich der Aufstieg Chinas vollzogen hat. Im wesentlichen war das eine Zeit der Vorherrschaft der neoliberalen Ideologie in der „westlichen“ Welt. Die Entwicklung in China fand statt unter den Bedingungen des Frei-

fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung usw.

Es bleibt weiter festzuhalten: die westlichen Mächte unter der Führung der USA haben diese „neoliberale Weltordnung“ über Jahrzehnte hin aktiv angestrebt und auch gegen Widerstände durchgesetzt. Als ein typisches Element dafür sei die Welt Handelsorganisation (WTO, World Trade Organization,) genannt, deren

Präsidenten beider Parteien haben diese Politik mitgetragen und vorangetrieben.

Von den einschlägigen Propagandisten wurde diese Entwicklung als ein Erfolg des Neoliberalismus und ganz allgemein der kapitalistischen Welt in Anspruch genommen. Mit Stolz verwies man auf den weltweit stark zunehmenden Handel, auf die großen Investitionen westlicher (auch



handels, einer weitgehenden Freiheit des Kapitalverkehrs, der rasch voranschreitenden Globalisierung mit dem damit verbundenen Anwachsen des internationalen Handels, der immer komplizierter werdenden Lieferketten über Ländergrenzen hinweg, der

Regeln einen möglichst umfassenden Freihandel mit niedrigen oder besser gar keinen Zöllen beinhalten. China wurde 2001 in die WTO aufgenommen. In den USA bestand diesbezüglich lange Zeit ein Konsens zwischen den Demokraten und den Republi-

deutscher) Firmen in China, auf das Wachstum des weltweiten BIP und auf die Abnahme der absoluten Armut in der Welt. Das kapitalistische System wurde dabei als Erfolgsgeschichte und als völlig alternativlos dargestellt.

Das „Big Beautiful Bill“ (BBB)

Trump war dieses Gesetz ein großes Anliegen, weil damit eine Reihe von Versprechungen aus dem Wahlkampf umgesetzt wurden. Eigentlich handelt es sich um ein Haushaltsgesetz, in das aber immer mehr hineingepackt wurde und das dadurch auf etwa 900 Seiten angewachsen ist. Es enthält Bestimmungen zu ganz verschiedenen Bereichen.

Die Verabschiedung durch Repräsentantenhaus und Senat war zeitweise unsicher, weil es bei den

Republikanern Kritik und Ablehnung von einzelnen Abgeordneten gab, die Demokraten lehnten es geschlossen ab. Die Mehrheit der Republikaner in den beiden Parlamentskammern ist bekanntlich dünn, es müssen nicht viele ihre Zustimmung verweigern, um ein Gesetz scheitern zu lassen. Letztlich wurde es aber nach einigem Gefeilsche verabschiedet. Auch deshalb, weil die kritischen Republikaner unterschiedliche Positionen vertraten und sich deshalb gegenseitig

neutralisierten. Es gab welche, deren Hauptanliegen ein möglichst kleines Haushaltsdefizit war und die bereit gewesen wären, noch schärfere Kürzungen im Sozialbereich mitzumachen und andere, die eher wegen der Kürzungen Bedenken hatten.

Die wichtigsten Bestimmungen betreffen

► **die Steuerfragen:** In seiner ersten Amtszeit hatte Trump bereits ein Steuersenkungsprogramm bei der Einkommenssteuer umgesetzt. Ei-

Und jetzt brechen die USA mit dieser Linie. Denn Zollerhöhungen in großem Ausmaß entsprechen eindeutig nicht den Regeln des Neoliberalismus. Die Wende wird von einer konservativ-rechten, vom Kapital unterstützten Regierung vollzogen. Dabei waren das rechte Lager und das Kapital bisher die stärksten Bastionen des Neoliberalismus. Wie ist das zu erklären?

Zuerst gilt es festzuhalten, die Realität entsprach nie dem propagandistischen Idealbild. Es gab z.B. den „Schönheitsfehler“, dass der Löwenanteil des globalen Wachstums nicht in der „freien Welt“, sondern im „kommunistischen“ China generiert wurde. In den kapitalistischen Metropolen blieb das Wirtschaftswachstum dagegen meistens eher bescheiden. Hier konnte der Neoliberalismus sein Versprechen auf Entfesselung des Wachstums nicht einlösen. Darüber hinaus brachte die Globalisierung eine Reihe von negativen Nebenwirkungen. Sie kostete in den Metropolen viele Arbeitsplätze. Aus manchen Ländern verschwanden vollständige Industriezweige.

Aber es gibt noch einen anderen wichtigen Aspekt. Der Neoliberalismus ist eine Ideologie, die in ihrer Reinform eigentlich von der staatlichen Verfasstheit der kapitalistischen Länder abstrahiert. Der Bezugspunkt des Neoliberalismus ist in gewisser Weise ein internationaler Kapitalismus, weltweit und grenzenlos.

Aber es gibt natürlich die Staaten und diese übernehmen im Kapitalismus unter anderem auch eine Funktion, die in der marxistischen Diskussion als „ideeller Gesamtkapitalist“ bezeichnet wird. Der zum reinen Neoliberalismus passende ideale Gesamtkapitalist wäre ein überstaatlicher ideeller Weltkapitalist. Klar ist aber, für so einen gedachten ideellen Weltkapitalisten gibt es keine passende Institution. Es gibt keinen Weltstaat.

Was wir in den vergangenen Jahrzehnten erlebt haben, war eine weitgehende Deckungsgleichheit der Interessen eines gedachten Weltkapitalismus mit denen der entwickelten kapitalistischen Länder, angeführt von den USA. Selbstverständlich war die Deckungsgleichheit nie vollständig. Punktuell gab es häufige und vielfältige Abweichungen von Einzelinteressen. Aber in der großen Linie bestand Übereinstimmung. Was dem Weltkapitalismus nützte, nützte auch den USA und in ihrem Schlepptau auch den anderen kapitalistischen Metropolen. Dem entsprach auf ideologischem Gebiet die Vorherrschaft des Neoliberalismus. Das passte natürlich hervorragend in eine Zeit mit schnell voranschreitender Globalisierung.

Aber die Lage hat sich geändert. Die Deckungsgleichheit der Interessen eines Weltkapitalismus mit denen der USA hat sich aufgelöst. Die Hauptursache dafür ist der Aufstieg Chinas. Dieser stellt zunehmend die Hegemonie der USA in Frage, sowohl wirtschaftlich wie auch machtpolitisch. Sicher, noch sind die USA eine sehr starke Wirtschaftsmacht, die stärkste Militärmacht sowieso, gleichzeitig ist aber eine Relativierung ihrer Hegemonie unübersehbar. Das erfordert Reaktionen, um der allmählichen Aushöhlung der Machtposition etwas entgegenzusetzen.

Reaktionen, die auch mit lange Zeit hochgehaltenen Prinzipien wie dem Freihandel brechen können. Wenn die eigene Stellung als Hegemon in Gefahr ist, kann auch die propagierte Ideologie in Frage gestellt werden. Das bedeutet nicht, dass der Neoliberalismus völlig verworfen wird, er verliert aber in wichtigen Aspekten seine Verbindlichkeit.

Zu beobachten ist eine Neuausrichtung der US-Politik, es beginnt eine neue Phase in der Weltpolitik. Damit sind aber noch nicht die Mittel festgelegt, die zum Einsatz kommen. Auch die Sache selbst, nämlich die weitere Entwicklung des Kapitalismus und die Sicherung der hegemonialen Stellung der USA, ist damit noch keineswegs entschieden.

Versuche, China einzudämmen

Versuche, China einzudämmen

Ein erster Politikwechsel wurde bereits unter Präsident Obama mit der damals proklamierten Strategie der „Hinwendung nach Asien“ („Pivot to Asia“) eingeleitet. Trump hat in seiner ersten Amtszeit den Kurs der Eindämmung Chinas fortgesetzt. Allerdings hat er ein von Obama zu diesem Zweck geplantes Instrument, nämlich die Freihandelszone TPP mit vielen asiatischen und nord- und südamerikanischen Mitgliedern, aber ausdrücklich ohne China, nicht fortgesetzt. Trump kündigte gleich zu Beginn seiner Amtszeit dieses Abkommen, es wurde dann als CPTPP ohne die USA weitergeführt. Biden wiederum hob die von Trump gegen China verhängten Zölle und Handelsbeschränkungen nicht auf, sondern konkretisierte und verschärfte letztere noch weiter. Es ist sicher kein

nige dieser Maßnahmen waren aber zeitlich begrenzt. Diese Begrenzung wurde jetzt aufgehoben, die Steuerersenkungen sind nun auf Dauer wirksam. Da es sich um die Weiterführung eines bereits bisher bestehenden Zustands handelt und sich für die Betroffenen konkret nichts ändert, wurden noch etliche weitere Steuergeschenke eingeführt, damit behauptet werden kann, dass vom Gesetz 84 % der Steuerzahler profitieren werden. Dazu gehören unter anderem ein höherer Steuerfreibetrag für Rentner und verbesserte

Steuerabzüge für Familien pro Kind. Wer ein Auto aus US-Produktion auf Kredit kauft, kann die fälligen Zinsen bis zu einem Höchstbetrag steuerlich anrechnen. Trinkgelder und Zahlungen für Überstunden werden unter bestimmten Bedingungen von der Steuer befreit.

Von der Struktur der Steuermaßnahmen her profitieren wegen der Weiterführung der Einkommensteuerersenkungen hauptsächlich die Besserverdienenden und noch mehr die ausgesprochenen Großverdiener. Die Einnahmen des Staates verringern

sich damit erheblich. Die anderen Maßnahmen sind breiter gestreut, haben aber ein deutlich geringeres Entlastungsvolumen.

Laut einer Analyse des überparteilichen Tax Policy Center (<https://www.taxpolicycenter.org>) kann die Gruppe der Bestverdienenden (die obersten 20 % mit Einkommen von 270 000 Dollar oder mehr) mit einer durchschnittlichen jährlichen Steuerersparnis von 12 500 Dollar rechnen. Die Gruppe der Kleinverdiener (die untersten 20 % mit jährlichen Einkommen von 35 000 Dollar oder

Zufall, wenn in der Politik gegen China die größte Kontinuität zwischen Republikanern und Demokraten bzw. zwischen der Biden- und der Trump-Administration besteht, auch wenn sie sich teilweise unterschiedlicher Mittel bedient haben und noch bedienen.

Die Demokraten waren während ihrer Regierungszeit darauf bedacht, trotz der versuchten Eindämmung

gewisse Rücksichtnahme auf deren Interessen ein. Die negativen Folgen der Globalisierung haben sie eher kleingeredet oder für unvermeidlich erklärt. Ein Grund für ihre Vorgehensweise war vermutlich die Absicht, Risiken für die Weltwirtschaft und damit auch für die US-Wirtschaft zu vermeiden.

Trump und die MAGA Bewegung greifen dagegen die negativen

programm. Sie beklagen eine bereits eingetretene Schwächung der Macht der USA. Um diesen Schaden wieder zu beheben, geht es für sie beileibe nicht nur um die Politik China gegenüber. Ein viel radikalerer Kurswechsel sei erforderlich. Eben „America first“, die Interessen der USA müssten in allen Belangen wieder an erster Stelle stehen.

Das Aufkommen der MAGA Be-



Chinas das System des Freihandels möglichst zu erhalten. Sie haben eher die Kreise vertreten, die mit zu den Gewinnern des Freihandels gehörten. Zu ihrem Konzept gehörte es auch, eine breite Einbindung der Verbündeten anzustreben. Dies schließt eine

Folgen der Globalisierung aktiv auf. Sie werfen den Demokraten, speziell der Regierung Biden ein völliges Versagen auf diesem Gebiet vor. Angesagt ist deshalb nicht die Fortsetzung der herkömmlichen Politik, sondern ein deutliches Kontrast-

wegung hat selbstverständlich auch viele gesellschaftliche und innenpolitische Gründe und lässt sich nicht allein auf die genannten weltpolitischen Verschiebungen zurückführen (siehe *Arsti* Nr. 228: „Trump und der Rechtspopulismus in den USA“).

weniger) wird nur um 150 Dollar entlastet. 60 % des gesamten Volumens der Steuersenkungen gehen an die obersten 20 % der Haushalte. Dabei profitieren die relativ wenigen Spitzenverdiener mit Einkommen über 460 000 Dollar mit ca. 30 % aller Entlastungen ganz besonders.

► **den Sozialbereich:** Gekürzt wird bei den ärmsten Amerikanern, z. B. bei den Beziehern von staatlichen Lebensmittelmarken, das betrifft circa 42 Millionen Familien. Zu den Verlierern gehören auch die bei

der staatlichen Krankenversicherung „Medicaid“ Versicherten. Für sie alle gelten in Zukunft strengere Arbeitsauflagen, mehr Nachweispflichten und es gibt keine automatische Verlängerung der Ansprüche mehr. Medicaid ist der größte Krankenversicherer der USA. Etwa 78 Millionen Bedürftige sind dort versichert, Obdachlose, Menschen mit Behinderungen, Schwangere und sehr viele Kinder. Die neuen Vorschriften sind kompliziert, deren konkrete Auswirkungen lassen sich in vielen Fällen nicht so ohne weiteres abschätzen.

Angeblich sollen die neuen Bestimmungen Missbrauch und Betrug verhindern. Das eigentliche Ziel aber dürfte sein, immer mehr Menschen aus den Hilfsprogrammen herauszudrängen. Es gibt Schätzungen, dass bis 2034 etwa 12 Millionen Menschen davon betroffen sein könnten und den Versicherungsschutz verlieren.

Ein deutliches Licht auf die politischen Absichten werfen die Bestimmungen zum Inkrafttreten der Regelungen. Bei den Steuererleichterungen gilt das sofort, bei den Einschnitten im sozialen Bereich wartet

Die ökonomische Lage der USA

Festgemacht wird der Niedergang von Macht und Dominanz der USA am Abbau von industriellen Arbeitsplätzen, der in den USA etwa ab 1980 stattgefunden hat. Die Tatsache als solche ist unbestritten. Weil die verlorenen Jobs zahlenmäßig durch neue im Dienstleistungsbereich ausgeglichen wurden, wurde der Umbau von vielen Ökonomen nicht als echtes Problem gesehen, sondern eher als unvermeidliche Entwicklung, die mehr oder weniger auch in den anderen reifen Industrieländern festzustellen war. Von manchen wurde die Verschiebung von der Industrie hin zu Dienstleistungen sogar als Zeichen für die Modernität der US-Wirtschaft gewertet.

Allerdings ist unbestreitbar, dass viele der neuen Jobs im Dienstleistungsbereich schlecht bezahlt sind. Genauso wie die Globalisierung auch Landstriche geschaffen hat, die sich nach dem Untergang der früher florierenden Industrien im Niedergang befinden und für die dort Ansässigen kaum mehr Perspektiven bieten.

Mehr oder weniger parallel zum Rückgang der industriellen Arbeitsplätze hat sich ein chronisches Handelsbilanzdefizit der USA aufgebaut. Eines der dafür „verantwortlichen“ Länder ist China. Viele der preisgünstigen Waren auf dem US-amerikanischen Markt kommen aus diesem Land. Die beständig gestiegene Einfuhr dieser Waren war auch ein Grund für die relative Preisstabilität in der Vergangenheit (bis zur Corona-Pandemie). Aber die Importe aus China bestehen inzwischen nicht mehr nur aus vormals typischen Billigpro-

dukten, sondern sie umfassen immer mehr moderne, technisch anspruchsvolle Waren. Viele Vorprodukte, die von US-Herstellern weiterverarbeitet werden, kommen aus China. Ohne ihren ständigen Nachschub würde die US-Produktion vieler Güter zum Erliegen kommen. Dazu kommen Abhängigkeiten bei bestimmten Rohstoffen wie etwa den Seltenen Erden, bei deren Aufbereitung China sich eine sehr starke, fast monopolartige Stellung erarbeitet hat.

Handelsbilanzdefizite weisen die USA nicht nur gegenüber China aus, sondern auch gegenüber einer Reihe anderer Staaten. Darunter sind nicht nur typische Niedriglohn-Länder wie etwa Vietnam oder Bangladesch zu finden, sondern auch Länder, die zu den kapitalistischen Metropolen zählen, wie Japan, die EU mit einem erheblichen Anteil Deutschlands und Südkorea. Eine besonders enge Verflechtung besteht mit den Nachbarländern Kanada und Mexiko, die mit den USA mit dem (von Trump in seiner ersten Amtszeit als Nachfolge für NAFTA ausgehandelten) Freihandelsabkommen USMCA (United States-Mexico-Canada-Agreement) verbunden sind.

Selbstverständlich sollte man mit schnellen Urteilen nach dem Motto „Handelsdefizit bedeutet wirtschaftliche Schwäche“ vorsichtig sein. Es geht bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht allein um den Handel mit gegenständlichen Waren. Dienstleistungen und andere ökonomische Aktivitäten müssen genauso einbezogen werden. Auch die Innovationsfähigkeit spielt eine wichtige Rolle. Unter dem Begriff Dienstleistungen werden sehr

vielfältige Aktivitäten zusammengefasst. Damit erzielen die USA gegenüber vielen Ländern positive Bilanzen. Sie sind dort auch mit starken, modernen Anbietern vertreten. Man denke nur an Konzerne wie Meta, Amazon und Google, an „Künstliche Intelligenz“ und ähnliches. Für das Kapital ist entscheidend, wie es sich verwerten kann und wie viel Profit anfällt. In welchen Sparten das im einzelnen stattfindet, ist zweitrangig.

Wenn aber ein Defizit seit vielen Jahren besteht und eine bedeutende Größe aufweist, wenn es weiterhin bei technisch hochstehenden und nach allgemeiner Einschätzung für die Zukunft wichtigen Produkten vorhanden ist, kann das schon auf nachlassende Konkurrenzfähigkeit hinweisen. Nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 70er Jahre waren die Verhältnisse jedenfalls noch ganz anders. Es gab damals kein Handelsdefizit und der Anteil der USA an der Weltindustrieproduktion ebenso wie am Welthandel war um einiges größer als heute.

Auch in den USA hat nach Jahren relativer Preisstabilität, ausgelöst durch die Unterbrechung der Lieferketten während der Corona-Pandemie, ein Inflationsschub eingesetzt. Dieser wurde durch die Nachfragesteigernden Maßnahmen der ersten Trump- wie auch der Biden-Regierung angeschoben und verlängert. Die Preissteigerungen haben wahrscheinlich mit zur Niederlage der Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen 2024 beigetragen. Denn sie waren schwerpunktmäßig während der Biden-Zeit zu spüren und wurden überwiegend seiner Regierung

man bis nach den Wahlen im November 2026. In den sogenannten Midterm-Wahlen geht es für die Republikaner um ihre knappen Mehrheiten im Kongress.

Das „Big Beautiful Bill“ enthält auch noch viele weiteren Bestimmungen, die hier nicht alle behandelt werden können. Zumindest erwähnt werden sollen die Streichung von Mitteln zur Förderung der erneuerbaren Energien und die Steuererhöhungen auf den Besitz von privaten Universitäten.

Und nicht zu vergessen: die Mittel für das Militär werden selbstverständlich angehoben, eine massive Steigerung erfährt auch das „Department of Homeland Security“ (Ministerium für Heimatschutz), das für den Grenzschutz und die Maßnahmen gegen die Migranten verantwortlich ist.

Obwohl ein ausgeglichener Haushalt eigentlich immer noch das Ziel vieler Republikaner ist, das Staatsdefizit wird durch das BBB in keiner Weise eingedämmt. Ganz im Gegenteil, für die Zukunft ist mit ei-

nem weiteren kräftigen Anstieg der Staatsverschuldung zu rechnen. Das „Congressional Budget Office“ (Haushaltsbüro des Kongresses, CBO) hat für die nächsten zehn Jahre, veranlasst allein aufgrund des BBB, einen Anstieg um 3,5 Billionen Dollar prognostiziert. Für die Gesamtverschuldung erwartet die Projektion der CBO über den Zeitraum der nächsten zehn Jahre einen Anstieg um ca. 24 Billionen. Trump hat hier andere Prioritäten als manche Republikaner (oder auch Elon Musk) und er hat sich durchgesetzt.

angelastet. Die Inflationsrate ist inzwischen wieder gesunken. Die niedrigsten Preissteigerungen der letzten Jahre gab es im April 2025 mit 2,3 %, für Juni und Juli 2025 wurden je 2,7 % gemeldet. Die Situation ist nicht dramatisch, sie bleibt aber fragil. Es bedarf keiner großen Anstöße, um die Preise wieder schneller steigen zu lassen.

Die Staatsverschuldung der USA hat bereits ein erhebliches Ausmaß erreicht. Zum 27. Mai 2025 betrug sie laut US-Treasury (Schatzamt) 36,9 Billionen (das sind 36.900 Milliarden) US-Dollar. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergibt das einen Verschuldungsgrad von etwas über 120%. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass das Staatsdefizit auch in Zukunft erheblich sein wird. Die Verschuldung wird weiter zunehmen.

Noch haben die USA kein generelles Problem, ihr Haushaltsdefizit zu finanzieren, auch wenn manche Stimmen vor einer drohenden Schuldenkrise warnen. Sie müssen bereits höhere Zinsen für ihre Schulden bezahlen als etwa Deutschland (bei 10-jährigen Staatsanleihen USA 4,23 %, BRD 2,68 %, Stand 14.8.2025). Der Posten für Zinszahlungen ist inzwischen größer als das im Staatshaushalt ausgewiesene Budget für das Militär.

Nach allgemeiner Ansicht ist der Status des Dollar als internationaler Reservewährung bei der Schuldenfinanzierung für die USA sehr hilfreich. Aber auch das wird im MAGA Lager in Frage gestellt, genauso wie die derzeitige Höhe des Dollarkurses. Stephen Miran, der ökonomische Chefberater des Weißen Hauses, hat

im November 2024 ein Papier vorgelegt, in dem er die Rolle des Dollar als Leitwährung problematisiert und sich für einen generell niedrigeren Dollarkurs ausspricht. (https://www.hudsonbaycapital.com/documents/FG/hudsonbay/research/638199_A_Users_Guide_to_Restructuring_the_Global_Trading_System.pdf)

Die Wirtschaftspolitik Trumps

Auch auf ökonomischem Gebiet hat Trump im Wahlkampf großzügige Versprechungen gemacht. Gemäß dem Slogan „Make America Great Again“ wird die Zukunft selbstverständlich großartig und golden werden. Die USA sollen wirtschaftlich erstarken und allen soll es dann besser gehen.

Neben dieser Propaganda gab es auch einige konkretere Aussagen. So z. B. das Versprechen, die zwei für die USA zentralen Sozialleistungen, „Social Security“ (staatliche Renten) und „Medicare“ (Krankenversicherung für über 65-Jährige), nicht anzutasten. Nicht eingeschlossen in dieses Versprechen war dagegen „Medicaid“, die staatliche Krankenversicherung für Bedürftige.

Versprochen wurden auch stabile Preise, Entlastung bei den Steuern und Deregulierungen. Ein wichtiger Teil dieser Versprechungen wurde aus der Sicht Trumps im Haushaltsgesetz, das am 3. Juli 2025 endgültig verabschiedet wurde, umgesetzt (siehe das „Big Beautiful Bill“).

Während der Regierungskurs der Demokraten eher von Vorsicht und der Vermeidung von Brüchen geprägt war, gehen Trump und die MAGA Bewegung viel radikaler vor.

Sie nehmen größere Risiken in Kauf und scheuen nicht vor einschneidenden Veränderungen zurück. Sie sind viel rücksichtsloser, auch gegenüber Verbündeten. Drohungen und Erpressungen sind für sie völlig normale Mittel, die nicht mehr beschönigt oder maskiert werden müssen.

Das chronische Handelsbilanzdefizit der USA wird durch Trump völlig neu bewertet und zu einem, wenn nicht dem entscheidenden wirtschaftlichen Hauptproblem der USA erklärt. Die Zollpolitik ist geradezu auf die Handelsbilanz fixiert. Dabei geht es um das Handelsbilanzdefizit ganz generell, egal ob es gegenüber Verbündeten oder gegenüber Rivalen besteht, ob es etwa durch High-Tech- oder durch Low-Tech-Produkte verursacht wird. Außerdem hat MAGA das große Ziel einer Reindustrialisierung der USA ausgerufen. In der Industrie sollen viele neue und gut bezahlte Jobs entstehen. Ein Versprechen, das sich vor allem an seine Wähler aus der Arbeiterklasse richtet.

Das wichtigste Mittel, um all diese Ziele zu erreichen, soll die Zollpolitik sein. Das „Projekt 2025“ der „Heritage Foundation“ (<https://www.project2025.org>) war noch unentschieden und enthielt nebeneinander Beiträge, die pro Zollerhöhung bzw. pro Freihandel argumentierten. Inzwischen ist aber offensichtlich die Entscheidung gefallen. Hohe Zölle sollen das zentrale Mittel für die ökonomische Agenda sein.

Welche Mittel neben der Zollpolitik sonst noch eingesetzt werden könnten, ist weniger klar. Eine industriepolitische Strategie, die bei dieser Zielsetzung eigentlich naheliegend

Zölle und ihre Wirkungen

Trump spricht sehr viel von Zöllen. Zollpolitik ist für ihn offensichtlich das zentrale Mittel, um nicht zu sagen das Wundermittel, um seine Ziele zu erreichen. Auch eindeutig politische Ziele sollen mit der Androhung von Zöllen durchgesetzt werden.

Aber Zölle sind ein zweischneidiges Schwert. Neben den gewünschten, angestrebten Wirkungen haben sie (fast) immer auch nicht gewünschte, negative Wirkungen.

Im wesentlichen gibt es drei Ziele, die durch Zölle angestrebt und erreicht werden können. Das erste Ziel ist, Einnahmen für den Staat zu generieren. Dabei stellt sich die Frage, wer letztlich diese zusätzlichen Staatseinnahmen aufbringen muss. Die Trump'sche Rhetorik vermittelt den Eindruck, das wäre das Ausland, das Ausland müsste die Zölle zahlen. Unbestreitbar können Zölle anderen Ländern schaden, denn sie behindern deren Exporte. Aber zahlen

sie deswegen die geforderten Zölle? Das ist keineswegs generell der Fall. Zölle müssen beim Import auf den sogenannten Zollwert der Waren, der selbstverständlich niedriger als der Verkaufspreis ist, gezahlt werden. Unmittelbar zahlen muss das der Importeur, Zölle fallen deswegen grundsätzlich im Inland an und sie sind immer und ohne Ausnahme zusätzliche Kosten. Es gibt viele empirische Daten, die zeigen, dass höhere Zölle sehr oft über höhere Preise

wäre, ist kaum erkennbar und widerspricht wohl auch der vorherrschenden Ideologie von MAGA. Es gibt einzelne Aktionen wie etwa die Ankündigung von großen (privaten) Investitionen für KI-Rechenzentren (Projekt „Stargate“) oder die Staatsbeteiligung beim kriselnden Chipproduzenten Intel. Das sind aber Einzelaktionen.

Steuersenkungen für Besserverdienende und Reiche wurden bereits umgesetzt. Eine Senkung der Gewinnsteuern (Körperschaftsteuer) und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für Firmen sollen noch folgen. Das Kapital wurde von Umwelt- und Klimaauflagen entlastet. Dagegen müssen die vielen gut bezahlten Industriejobs erst noch entstehen. Dass Deregulierungen und Steuersenkungen für die Reichen die Investitionen erhöhen und damit Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze schaffen, ist ein altes Versprechen des Neoliberalismus, das aber bisher nirgends wirklich funktioniert hat. Bei Trump wird dieses (neoliberale) Konzept nun ergänzt durch den (in keiner Weise neoliberalen) Glauben, mittels Zöllen die Wirtschaft der USA in großem Stil und in jeglicher Hinsicht stärken zu können, zum Nachteil aller anderen Länder, denen Zölle und neue Regeln aufgezwungen werden.

Eine deutliche Mehrheit der Mainstream-Ökonomen steht diesem Vorhaben sehr kritisch gegenüber. Sie verweisen auf die negativen Auswirkungen von Zöllen. Es drohen, so ihr Einwand, Gefahren für die Preisstabilität, eine Isolierung der USA als eine durch Zölle geschützte Hochpreisinsel und lang-

fristig ein Verlust von Konkurrenzfähigkeit, keineswegs aber deren wirtschaftliche Stärkung.

Trump ignoriert diese Kritik und geht mit seiner Politik eine Wette ein. Er setzt darauf, dass die strikte und rücksichtslose Durchsetzung seiner Vorstellungen die Lage der USA verbessern und damit eine Basis schaffen wird, um auch seine sonstigen Versprechen erfüllen zu können. Vielleicht nicht vollständig und perfekt, aber zumindest so weit, dass er es als Erfolg verkaufen kann.

Das neue Zollregime der USA

Am 2. April 2025, dem von Trump zum „Liberation Day“ ernannten Datum, wurde ein völlig neues Zollsystem vorgestellt. Der Kern des neuen Systems besteht darin, die Höhe der Zölle für die einzelnen Länder aus den bilateralen Handelsbilanzdefiziten der USA gegenüber diesen Ländern abzuleiten. Für Länder, denen gegenüber die USA nur ein geringes oder gar kein Handelsbilanzdefizit ausweisen, wurde ein Basiszollsatz von 10 % festgesetzt. Bereits nach wenigen Tagen wurden die neuen Zölle wieder für 90 Tage ausgesetzt. Nur der Basiszoll von 10 % blieb, wie auch die schon vorher angekündigten Zölle auf Autos und Autoteile, auf Stahl und Aluminium.

Es folgten Verhandlungen mit den Handelspartnern, eine weitere Verschiebung der Frist und ab 7. August traten dann die neuen Zolltarife in Kraft. Mit einigen Ländern wurden vorher sogenannte Deals abgeschlossen (für die EU, Japan und Südkorea gelten 15 %, für Indonesien 19 %, für Taiwan und für Vietnam 20 %).

Bei vielen anderen Ländern wurden die Zölle einseitig von den USA bestimmt. Besonders hart traf es Brasilien (Zollerhöhung als Strafe für das juristische Verfahren gegen den Ex-Präsidenten Bolsonaro) und Indien (Sanktionierung des Kaufs von russischem Erdöl) mit jeweils 50 %.

Bei allen bisher abgeschlossenen Deals hat sich Trump in der Zollfrage mit seinen Vorstellungen sehr weit durchsetzen können. Mit der EU wurden letztlich 15 % Zoll festgesetzt, statt der 20 % wie ursprünglich angekündigt. Aber 15 % auf fast alles ist gegenüber den vorher geltenden Tarifen (laut EU waren das im gewichteten Durchschnitt über alle Waren gerechnet etwa 1%) eine starke Anhebung. Als „Verhandlungs-“Erfolg der EU kann gewertet werden, dass die Sonderzölle auf Autos und Autoteile (insgesamt 27,5 %) wegfallen und auch für diese Produkte 15 % gelten. Die Zölle auf Stahl und Aluminium (50 %) bleiben dagegen weiter bestehen. Ein offiziell kommuniziertes Gefühl der Zufriedenheit über den erzielten Deal konnte nur deshalb aufkommen, weil noch höhere Zollsätze angedroht waren und am Beispiel Schweiz mit 39 % auch exekutiert wurden. Der ursprüngliche Gegenvorschlag der EU, die gegenseitige Abschaffung aller Industriezölle, stand nie ernsthaft zur Debatte. Jetzt werden die Zölle auf Industriewaren zwar abgeschafft, aber nur einseitig für die Exporte der USA in die EU. Den Europäern wurden tatsächlich die Grenzen aufgezeigt und sie mussten klein beigeben. Letztlich ging es nur noch um Schadensbegrenzung. Den anderen wichtigen Handelspart-

an die Endabnehmer weitergegeben werden. Prinzipiell ist es möglich, dass die jeweiligen Exporteure (also das Ausland) durch Preissenkungen die preistreibende Wirkung von Zöllen abmildern oder gar ausgleichen. Sie würden damit auf Profite verzichten, unter Umständen sogar Verluste in Kauf nehmen. Das geschieht auch durchaus in der Realität, z. B. um einen wichtigen Absatzmarkt zu verteidigen. Klar ist aber auch, einen solchen Kampf um den Absatzmarkt kann es nur für eine begrenzte Zeit geben. Er findet spätestens dann sein

Ende, wenn die schwächsten Anbieter aufgeben.

Das zweite Ziel ist der Schutz der heimischen Produktion. Es ist offensichtlich, dass dieses Ziel in Konkurrenz zum ersten Ziel steht. Denn kommt es infolge von Zöllen zu einer Steigerung der heimischen Produktion, werden für diese dann im Inland produzierten Waren keine Zölle mehr fällig. Je erfolgreicher die Produktionsverlagerung, desto geringer fallen die Zolleinnahmen aus.

Außerdem kann eine durch Zölle geschützte Produktion, die ohne die-

se Zollmauern nicht konkurrenzfähig wäre, für die Endabnehmer teuer werden. Auch zu diesem Effekt gibt es viele Beispiele aus der Praxis.

Jede Produktionsverlagerung setzt voraus, dass dafür ausreichende Kapazitäten (z.B. bezüglich Arbeitskräften und deren Qualifikationen oder der benötigten Infrastruktur) vorhanden sind. Das gilt vor allem, wenn es um Produktionsverlagerungen im großen, auch gesamtwirtschaftlich relevanten Umfang geht. Eine detaillierte Analyse der Strategien kapitalistischer Firmen

nern der USA erging es mehr oder weniger ähnlich.

Mit China gibt es noch keinen Deal, nur eine Art Stillhaltevereinbarung. Im April reagierte China auf die von Trump verhängten Zölle umgehend mit Gegenzöllen. Da die USA sofort mit weiteren Zöllen antworteten, waren schnell 145 % (der USA gegenüber China) erreicht. Damit war der Handelskrieg eröffnet. Im

de die Frist zum Aushandeln eines Deals um weitere 90 Tage verlängert.

Auch für Mexiko wurde die Frist 90 Tage verlängert. Bis dahin gilt ein Zoll von 25 %. Gegen Kanada wurden 35 % verfügt, angeblich wegen zu geringer Kooperationsbereitschaft. Für beide Länder besteht aber noch das Freihandelsabkommen USMCA von 2020, so dass für viele Waren keine Zölle anfallen.

von 600 Milliarden Dollar und bei den Einkäufen (vor allem Energieträger) von 750 Milliarden innerhalb der nächsten drei Jahre die Rede.

Unklar bleibt bis jetzt die rechtliche Qualität der Deals, da es sich dabei keineswegs um Handelsverträge im herkömmlichen Verständnis mit präzisen Regelungen bis in die Details handelt. Es sind eher lose Übereinkommen und Absichtser-



Mai wurde dann ein Waffenstillstand vereinbart (mit vorläufig 30 %), wobei es für einige wichtige Produkte (Laptops, Smartphones) Ausnahmen gibt. China versprach beschleunigte Genehmigungen für Exportlizenzen bei seltenen Erden. Anfang August wur-

Die Zolltarife begleitend wurden in allen bisherigen Deals auch weitere Bringleistungen der Vertragspartner ausgehandelt, sprich Investitionen in den USA oder Einkäufe (Energieträger, Flugzeuge) von dort. Beim Deal mit der EU ist bei den Investitionen

klärungen. Die genannten Zahlen für Investitionen und Einkäufe sind oft nicht besonders plausibel. Wenn man z. B. die (beim Deal mit der EU) angekündigten Käufe von Energieträgern mit den realen Käufen ab 2023 vergleicht, müsste eine Steigerung

zeigt immer wieder, die Schaffung von neuen Produktionskapazitäten ist von vielen Faktoren abhängig. Die Vermeidung von Zöllen ist einer dieser Faktoren, aber bei weitem nicht der einzige und sehr oft auch nicht der entscheidende. Die empirische Evidenz, dass allein Zölle einen Standort stärken, ist jedenfalls gering.

Das dritte denkbare Ziel ist ein politisches: der Einsatz von Zöllen als Waffe, um einem Land zu schaden bzw. Schaden anzudrohen. Es handelt sich dabei um eine spezielle Art von Wirtschaftssanktion. Wie

bei allen anderen Wirtschaftssanktionen ist auch bei dieser Variante die Schädigung des Gegners nicht ohne Schäden für die eigenen Interessen zu haben. Insbesondere wenn die Handelsbeziehungen bedeutend sind und für viele Produkte keine in Qualität und Preis vergleichbare Alternative vorhanden ist, können die Schäden für die eigene Wirtschaft bedeutend sein.

Welche exakten Folgen eine generelle Zollerhöhung nach sich zieht, lässt sich pauschal nicht vorhersagen. Die konkreten Folgen sind von den

jeweiligen Konkurrenz- und Marktverhältnissen abhängig und können von Produkt zu Produkt stark differieren. Werden die Zölle für sehr viele Produkte erhöht, ist deshalb mit einem Mix unterschiedlicher Folgen zu rechnen, von Preiserhöhungen in verschiedenen Ausmaßen, über Produktionsverlagerungen bis zum Verschwinden einzelner Produkte vom Markt.

Zölle können lange Ketten von indirekten Wirkungen auslösen, die kaum zu überblicken sind. Das soll am Beispiel der Zölle auf Stahl (und

auf etwa das Dreifache stattfinden. Bei den Investitionen ist unklar, was alles als Investition gilt. Die meisten werden dabei an echte, produktive Investitionen denken. Oder zählt auch der Kauf von US-Staatsanleihen und Aktien zu den Investitionen, was dem üblichen Sprachgebrauch der Wirtschaft durchaus entsprechen würde? In der schriftlichen Vereinbarung gibt es jedenfalls keine klare Regelung dieser Frage. Solche Unbestimmtheiten werden zwangsläufig zu unterschiedlichen Interpretationen und neuen Differenzen führen. Bombastische Zahlen eignen sich gut für grandiose Erfolgsmeldungen, danach kann man sie vergessen, die öffentliche Aufmerksamkeit springt schnell zu neuen Themen. Bei Bedarf könnte man aber auch wieder darauf zurückkommen und z. B. neue Strafzölle mit einem Ausbleiben der Investitionen begründen.

Es war lange unklar, was eigentlich das prioritäre Ziel der Zollpolitik Trumps ist. Nach der schnellen Aussetzung der am Liberation Day angekündigten hohen Zollsätze schien noch die Einschätzung denkbar, diese sollten vor allem Drohgebärde und Verhandlungsmasse sein und weniger das wirklich angestrebte Ziel.

Inzwischen ist es klar, die USA errichten gegenüber allen wichtigen

Handelspartnern hohe Zollmauern. Ein Basis-Zoll von 10 % gilt grundsätzlich, Länder mit positiven Handelsbilanzen gegenüber den USA treffen deutlich höhere Zölle. Damit ist die Ära des Freihandels für die USA definitiv zu Ende. Diese Aussage lässt sich machen, auch wenn die Zoll-Deals keineswegs als klar, stabil und lang andauernd eingestuft werden können.

Es hat den Anschein, dass die Steigerung der Staatseinnahmen ein Hauptziel der Zollpolitik ist. Dafür spricht vor allem der einheitliche Zollsatz. Wäre eine Produktionsverlagerung das Hauptziel, wären unterschiedliche Tarife naheliegend, mit höheren Zollsätzen auf den Produktgruppen, bei denen eine Verlagerung besonders erwünscht ist bzw. als realistisch eingeschätzt wird.

Trump braucht höhere Einnahmen für eine (auch nur teilweise) Gegenfinanzierung seiner Steuer-senkungen. Das Haushaltsdefizit soll nicht zu sehr in die Höhe getrieben werden. Laut ersten Schätzungen, die kursieren, könnten die Mehreinnahmen durch die Zölle etwa 350 bis 500 Milliarden Dollar pro Jahr betragen. Diese Summe erscheint auf den ersten Blick riesig, muss aber in Bezug auf das BIP und die sonstigen ökonomischen Kennzahlen der USA gesehen werden. Damit relativiert

sie sich. Sie entspricht z.B. nur einem Fünftel bis einem Viertel des letztjährigen Defizits des Staatshaushalts.

Hohe Zolleinnahmen sind gut für die Staatskasse. Für die US-Verbraucher bringen sie die Gefahr, die Zeche bezahlen zu müssen, weil die Preise wieder schneller nach oben gehen. Ein Szenario, das kurz und mittelfristig von steigenden Preisen in den USA ausgeht, ist sehr wahrscheinlich. Steigende Preise könnten den Unmut der Anhänger Trumps erregen und ihn politisch unter Druck setzen. Aber bei der Lage der Dinge sollte man nicht allzu viel erwarten, was eventuelle politische Auswirkungen angeht. Der Hauptgrund dafür liegt in der relativ geringen Importabhängigkeit der USA. Laut Statista lag der Anteil aller Importe am US-amerikanischen BIP 2023 bei 13,89 %. Auch wenn man unterstellt, dass die Zölle weitgehend über höhere Preise weitergegeben werden, ergibt das wegen des begrenzten Anteils der Importe nur eine ebenso begrenzte Auswirkung auf die Gesamtpreisentwicklung (500 Milliarden maximaler Zolleinnahmen entsprechen 1,71 % des BIP). Vermutlich werden die durch Zölle ausgelösten Preiserhöhungen nicht schlagartig wirksam, sondern verteilen sich über einen Zeitraum von zwei, vielleicht auch drei Jahren. Dann ist man bei Größenordnungen,

Aluminium) von 50 % kurz aufgezeigt werden. Diese Zölle schützen die heimischen Werke vor billiger Konkurrenz aus dem Ausland. Das ist gut für die Stahlindustrie und gut für die dort beschäftigten Arbeiter. Beides dürfte in diesem Fall der beabsichtigte Zweck der Zölle sein. Aber sie betreffen auch alle, die Stahl in irgendeiner Form verwenden. Dazu gehören viele Branchen: Automobil, Baumaschinen, landwirtschaftliche Geräte, die Bauwirtschaft und viele mehr. Deren Kosten steigen im Schnitt, weil die günstigsten Angebote nicht mehr zur Verfügung stehen. Produzieren die Firmen für den heimischen Markt, wie z. B. die Bauwirtschaft, werden sie ihre höheren Kosten beim Preis berücksichtigten, exportieren sie viel, ist es fraglich, ob sie die höheren Kosten für Stahl international weitergeben können. Der

Baumaschinen-Hersteller Caterpillar z. B., dessen schwere Maschinen viel Stahl enthalten, hat damit einen Anreiz, Teile der Produktion in seine ausländischen Werke zu verlegen.

Rechtliches

Das Vorgehen Trumps ist rechtlich stark umstritten. Denn eigentlich müssen Zölle vom Kongress beschlossen werden, so sieht es die Verfassung vor. Es gibt aber mehrere (alte) Gesetze, die dem Präsidenten das Recht geben, unter bestimmten Umständen tätig zu werden. Bei seiner bisherigen Zollpolitik hat Trump ausschließlich auf der Basis solcher Gesetze gehandelt. Die Zölle für Stahl und Aluminium beruhen z. B. auf dem „Trade Expansion Act“ von 1962, der dem Präsidenten erlaubt, Zölle zu verhängen, wenn die nationale Sicherheit in

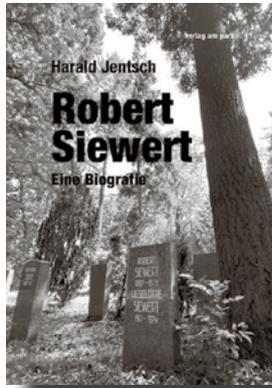
Gefahr ist. Das Gesetz sieht aber nur produkt- bzw. branchenspezifische Zölle vor. Bei den länderspezifischen Zöllen beruft sich Trump auf den „International Emergency Economic Power Act“ von 1977. Allerdings muss dazu das Gesetz sehr frei ausgelegt werden. Das Gesetz verlangt als Voraussetzung einen Notstand, der laut Regierung durch das Handelsbilanzdefizit gegeben sein soll, und sieht als zu ergreifende Maßnahmen die Regulierung von Importen vor. Das Wort „Zoll“ taucht im Gesetz nicht auf. Dementsprechend wurde das Vorgehen Trumps vor Gericht angefochten. Ende August hat bereits die zweite Instanz entschieden, dass die Länderzölle durch den Kongress genehmigt werden müssten. Die neuen Zölle bleiben aber vorläufig in Kraft, bis die endgültige juristische Klärung durch das oberste Gericht erfolgt ist.

Anzeige

Harald Jentsch:

Robert Siewert

Eine Biographie



Verlag am Park
in der Edition Ost
396 S., broschiert, 25,- €
ISBN 978-3-89793-371-2

Anzeige

August Thalheimer:

1923**eine verpasste Revolution?**

Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923



Nachdruck, 44 Seiten, 1,50 €
Arbeiterstimme
Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org

die leicht zwischen den aus anderen Gründen verursachten Preisbewegungen verschwinden und nicht so ohne weiteres der eigentlichen Ursache zugeordnet werden können. Je mehr das der Fall ist, desto weniger werden steigende Preise eine politische Wirksamkeit entfalten.

Trump hat seine Zölle durchgesetzt. So gesehen hat er mit seiner erpresserischen Vorgehensweise eindeutig einen Erfolg erzielt.

Und es gibt noch einen weiteren Punkt, den er als Erfolg verbuchen kann. Alle Handelspartner, außer China, haben auf energische Gegenmaßnahmen verzichtet. Dadurch wurde ein allgemeiner Handelskrieg erst einmal vermieden. Ein außer Kontrolle geratener Handelskrieg hätte tiefgreifende Auswirkungen haben können, weltweit und natürlich auch auf die USA. Das war ein nicht ungefährliches Risiko. Diese Klippe konnte (vorläufig) umschifft werden.

Allerdings ist der Erfolg in erster Linie ein kurzfristiger und politischer, kein wirtschaftlicher. Trump konnte sich wieder einmal als durchsetzungsstarker Präsident präsentieren. Welche langfristigen ökonomischen (und sonstigen) Folgen dieser Kurs haben wird, steht auf einem anderen Blatt. Die Mehrzahl der durch die Zölle ausgelösten Effekte werden sich erst mit einer etwas größeren zeitlichen Verzögerung zeigen. Erfolg oder Scheitern der Trump'schen Politik wird man letztlich erst nach einigen Jahren wirklich beurteilen können.

In welchem Ausmaß sich die propagierte Reindustrialisierung einstellen wird, muss sich zukünftig zeigen. Es gibt einige Gründe, um diesbezüglich skeptisch zu sein (siehe „Zölle und ihre Wirkungen“). Sicher wird es einige Firmen geben, die in den USA Produktionsstätten aufbauen bzw. dort bereits vorhandene erweitern. Auch schon vor Trump und seinen Zöllen haben ausländische Firmen ausreichend Gründe gesehen, um in den USA zu produzieren. Das ist nichts Neues und das wird auch in Zukunft geschehen, die Frage ist nur, in welchem Ausmaß.

Die Abkehr von der Freihandelspolitik wird die Globalisierung mit Bezug auf die USA erheblich aus-

bremsen. Es ist aber kaum vorstellbar, dass die bereits erfolgte Globalisierung wieder substanziell rückgängig gemacht wird. Eine massive Rückverlagerung etwa bei Mode und Bekleidung ist eigentlich nur denkbar, wenn durch entsprechende Innovationen eine weitgehend automatisierte Herstellung möglich wäre. Aber das wäre dann auch nicht mehr mit vielen neuen Arbeitsplätzen verbunden. Bei etlichen anderen Produkten und Industriezweigen ist die Lage prinzipiell ähnlich.

Wenn es den USA darum geht, ihre hegemoniale Stellung auf industriellem Gebiet zu erhalten bzw. wiederzugewinnen, sind sowieso andere Branchen entscheidend.

Trump hat auf ökonomischem Gebiet erklärtermaßen im wesentlichen drei Ziele: einmal neue Quellen für Staatseinnahmen zu erschließen, zweitens viele industrielle Arbeitsplätze zu schaffen und drittens die hegemoniale Position in der Weltwirtschaft genauso wie die internationale Konkurrenzfähigkeit der USA zu erhalten. Für alle drei Ziele gibt es aus seiner Sicht dringende und starke Gründe. Trump verspricht – ob er selbst daran glaubt, ist schwer zu sagen – mit Zöllen alle drei Ziele erreichen zu können. Aber mit Zöllen ist das grundsätzlich nicht möglich. Ziel eins und zwei lassen sich zwar prinzipiell mit Zöllen anstreben, wenn auch nicht problemlos und nicht ohne Einschränkungen. Das dritte Ziel lässt sich aber mit Zöllen gar nicht erreichen. Denn Arbeitsplätze, die wegen hoher Zölle geschaffen oder erhalten werden, sind offensichtlich international nicht konkurrenzfähig, sonst wären sie ja auch ohne Zölle vorhanden. Zum Erhalt und Ausbau der ökonomischen Stärke und der Konkurrenzfähigkeit der USA braucht es andere Mittel. Hohe Zollmauern haben dabei eher einen negativen Effekt. Kurzfristig zeitigen die Zölle wahrscheinlich nur geringe Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit, langfristig könnte das anders sein.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird selbstverständlich nicht nur von den aktuellen Maßnahmen Trumps beeinflusst, sondern auch von vielen anderen Faktoren, geplanten wie ungeplanten. Inflationsgefahren z. B.

gibt es nicht nur wegen höherer Zölle. Konjunkturen und Rezessionen können auch ganz andere Ursachen haben. Zusammen mit den oft nur als Tendenz sichtbar werdenden Auswirkungen der Zollpolitik eröffnet das für einen Politiker wie Trump viele Möglichkeiten, politisch zu reagieren, durch neue Aktionen abzulenken oder Sündenböcke für auftretende Probleme zu präsentieren.

Resümee

In den letzten Jahrzehnten, unter der Dominanz der neoliberalen Ideologie und Praxis, hat die reale ökonomische Entwicklung auch Resultate hervorgebracht, die aus Sicht der USA einer Korrektur bedürfen. Wie oben beschrieben, sind das die negativen Folgen der Globalisierung, das Handelsbilanzdefizit und ganz besonders der wirtschaftliche Aufstieg Chinas als ein ernst zu nehmender Rivale.

Trump und das Erstarken der MAGA Bewegung können als Reaktion auf diese real existierenden Probleme verstanden werden. Die objektive Lage ist zwar ein Grund, neben anderen Gründen, für das Phänomen Trump und für das Erstarken der MAGA Bewegung. Das bedeutet aber in keiner Weise, dass deren konkrete Politik die genaue richtige, notwendige und alternative Reaktion auf diese Lage wäre. Sie ist nur eine von vielen denkbaren Reaktionen.

Die objektive Lage handelt nicht selbst, das können selbstverständlich nur Menschen. Diese handeln eingebunden in die gesellschaftlichen Bedingungen und Strukturen, geprägt durch frühere Erfahrungen, beeinflusst durch die Medien usw. Politische Bewegungen entstehen aus der Konfrontation mit der Realität, sie entwickeln sich aber meist urwüchsig und oft chaotisch, wie Trump und die MAGA Bewegung besonders deutlich zeigen.

Die momentan in den USA vorherrschende politische Richtung, die von Trump und seinen MAGA-Anhängern umgestaltete Republikanische Partei, ist in sich heterogen, widersprüchlich, in eigene Fehleinschätzungen und Ideologien verstrickt und kaum in der Lage, eine in sich logische wirtschaftspolitische

Linie zu entwickeln. Ihre konkrete Politik ist geprägt von permanenten Lügen und demagogischen, da substanzlosen, Versprechungen, die die vorhandenen Schwachstellen überdecken sollen. Das „Projekt 2025“ der Heritage Foundation wurde in der Absicht gestartet, für die Bewegung eine systematische Vorgehensweise und Programmatik zu entwickeln. Man kann selbstverständlich nicht sagen, dass das Projekt gescheitert wäre. Aber es war nicht erfolgreich in dem Sinne, dass die Widersprüche aufgelöst werden konnten und eine, zumindest bei ökonomischen Fragen, wirklich kohärente Politik entwickelt worden wäre.

Bei der Zollpolitik wird das deutlich. Mit Zöllen, so wird versprochen, lässt sich alles lösen, kann man alles erreichen. Aber ein Zollregime, das das Handelsbilanzdefizit mindert, die Reindustrialisierung antreibt, dem Staat reichlich Einnahmen beschert, stabile Preise sichert, andere Regierungen ohne Nebenwirkungen diszipliniert und auch sonst nur Vorteile für die USA bringen würde, gibt es nicht. Das Zerwürfnis zwischen Trump und Elon Musk ist z. B. auch eine Folge von solchen bestehenden Widersprüchen.

Die außenwirtschaftliche Verflechtung der USA ist zwar im Vergleich mit anderen Ländern relativ gering, aber auch der US-Kapitalismus ist nicht unabhängig vom Rest der Welt. Das betrifft nicht nur den Handel mit gegenständlichen Waren, sondern auch Dienstleistungen, die Finanzmärkte, den Dollarkurs, die Börsen usw. Nur solange die (Welt-)Wirtschaft einigermaßen reibungslos funktioniert, beschert sie dem Kapital die erhofften Gewinne. Das kapitalistische System ist aber krisenanfällig und labil, jede Störung kann erheblichen Folgen verursachen.

Wie oben gesagt, Trump ist mit seiner Politik eine Wette eingegangen. Wie diese Wette ausgehen wird, wer wie viel gewinnt oder verliert und ob die hegemoniale Position der USA am Ende seiner regulären Amtszeit (und darüber hinaus) gestärkt oder geschwächt sein wird, ist noch offen.

Stand 02.09.2025

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 228 Sommer 2025, 24 S.

- Deutschland nach der Zeitenwende
- Trump und der Rechtspopulismus in den USA
- Israel endlos im Krieg

Nr. 227 Frühjahr 2025, 28 S.

- Nach der Bundestagswahl
- Trauerrede auf Hans Steiger
- Koalition in Österreich ist fix
- Oh, wie wunderbar ist Panama
- Wo steht Venezuela heute?
- Der Nahe Osten wird bis zur Unkenntlichkeit verändert
- Wahlen in Österreich
- Buchbesprechung: „... Er kämpft das Menschenrecht“

Nr. 226 Winter 2024, 36 S.

- Vor der zweiten Amtszeit von Donald Trump
- Nachruf auf Hans Steiger
- Unsere Jahreskonferenz 2024
- Das Verhängnis einer ultralinken Politik
- Die deutschen Gewerkschaften und die Friedensfrage
- Friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz in Stuttgart
- Wahlen in Österreich
- Chile: Kommunal- und Regionalwahlen 2024
- Buchbesprechung: The Tragedy of Ukraine

Nr. 225 Herbst 2024, 28 S.

- Nach den Landtagswahlen
- Warum die AfD im Osten profitiert
- Deutschland nach der Zeitenwende
- Das Krankenhausverbesserungsgesetz
- Die Entmachtung der Citoyens
- Zum 140. Geburtstag von August Thalheimer

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Oxfams Ungleichheitsbericht und die Macht der Milliardäre



Zum Weltwirtschaftsforum in Davos veröffentlicht Oxfam bereits seit Jahren den großen Ungleichheitsbericht, den Bericht über die Verteilung von Reichtum in der Welt. Der aktuelle Bericht „Milliardärsmacht beschränken, Demokratie schützen“ zeigt, wie der Einfluss von Superreichen die soziale Ungleichheit immer weiter verschärft und demokratische Prinzipien in ihren Grundfesten erschüttert. Doch zuerst ein Blick auf die Schattenseite des Reichtums.

Die Zitate stammen, fall nicht anders gekennzeichnet, aus dem Bericht von Oxfam.

Die Kehrseite des Reichtums: Wären wir nicht arm ...

„Die Zahl der Menschen, die unter der erweiterten Armutsgrenze der Weltbank von 6,85 US-Dollar leben, ist seit 1990 unverändert bei fast 3,6 Milliarden geblieben. Das entspricht aktuell 44 Prozent der Menschheit. Frauen sind besonders von Armut betroffen. Weltweit müssen 733 Millionen Menschen infolge von Armut hungern – etwa 152 Millionen mehr als 2019.“

Viele Länder stehen vor dem Bankrott, sind durch Schulden gelähmt und haben nicht die finanziellen Mittel, um Armut und Ungleichheit zu reduzieren. Länder mit niedrigem und mittlerem

Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an.

Und der Arme sagte bleich:

Wär' ich nicht arm, wärst Du nicht reich.

Bertolt Brecht

Einkommen geben im Durchschnitt 48 Prozent ihres Haushalts für die Rückzahlung von Schulden aus. Das ist weit mehr, als sie für Bildung und Gesundheit zusammen aufwenden. Die Situation ist für diese Länder besonders schwierig, aber auch darüber hinaus zeichnet sich ein besorgniserregendes Bild ab, wie Oxfam in seinem jüngst veröffentlichten Commitment to Reducing Inequality Index, einer Ungleichheitsanalyse von 164 Ländern, zeigt: Vier von fünf Ländern weltweit haben in den letzten von Krisen geprägten Jahren den Anteil im Staatshaushalt für Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung gekürzt; vier von fünf haben Rückschritte bei der Steuerprogression und neun von zehn bei Arbeitsrechten und Mindestlöhnen gemacht. Insgesamt sind neun von zehn Ländern in einem oder mehreren dieser drei Bereiche zurückgefallen. Ohne sofortige politische Maßnahmen zur Umkehrung dieses Trends wird daher die Ungleichheit in 90 Prozent der untersuchten Länder mit großer Sicherheit weiter zunehmen. Der ohnehin schon immense Druck auf die

politische Stabilität würde damit noch größer – und damit auch die Gefahr für die Demokratie.“

Die andere Seite: ... wärt ihr nicht reich

Oxfam wurde schon des Öfteren in konservativ-bürgerlichen Medien unterstellt, dass ihre Beschäftigung mit den Reichen zunehmend obsessive Züge angenommen habe. In wessen Händen die Medien wohl sein mögen?

„Weltweit ist im Jahr 2024 das Gesamtvermögen der Milliardär*innen um zwei Billionen US-Dollar gestiegen. Ihr Vermögen wuchs damit 2024 dreimal schneller als 2023. Das Vermögen eines*einer Milliardär*in vergrößerte sich im Durchschnitt um zwei Millionen US-Dollar pro Tag. Bei den reichsten zehn Milliardären waren es sogar 100 Millionen US-Dollar pro Tag. Selbst wenn diese zehn Milliardäre über Nacht 99 Prozent ihres Vermögens verlieren würden, blieben sie Milliardäre. Im Jahr 2024 kamen insgesamt 204 neue Milliardär*innen hinzu. Dies entspricht durchschnittlich fast vier neuen Milliardär*innen pro Woche. Damit stieg die Zahl der Milliardär*innen gemäß Forbes-Reichenliste auf 2.769.“

Die genauen Zahlenangaben der Vermögen sind sicherlich nicht ganz für bare Münze zu nehmen, sie drü-

cken jedoch eine eindeutige Tendenz aus.

Und in Deutschland?

Auch in Deutschland hat die Ungleichheit in den letzten Jahren stark zugenommen. Während die reichsten 5 Prozent fast die Hälfte (48 Prozent) des gesamten Vermögens besitzen, ging die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung nahezu leer aus. Jedes siebte Kind leidet unter der Armut, und immer mehr Menschen können ihren gewohnten Lebensstandard nicht mehr halten. Gleichzeitig gibt es hierzulande 130 Milliardäre – die viertgrößte Anzahl weltweit. Deren Gesamtvermögen ist nach Berechnungen der Oxfam-Studie allein 2024 um 26,8 Milliarden auf umgerechnet 625 Milliarden US-Dollar angewachsen.

Laut Oxfam ist das Gesamtvermögen der fünf reichsten Deutschen seit 2020 inflationsbereinigt um knapp 75 Prozent gewachsen: von etwa 89 auf rund 155 Milliarden US-Dollar.

Wie viele Millionäre und Milliardäre es in Deutschland gibt, weiß man nicht genau; im oberen Vermögensbereich herrscht weitgehend Intransparenz. Während bei dieser Seite der Medaille am liebsten Still-schweigen bewahrt wird, werden dagegen die Bürgergeldempfänger an den Pranger gestellt; pauschal wird ihnen Missbrauch vorgeworfen. Sie werden für die Schieflage des Staatshaushalts verantwortlich gemacht. Deswegen möchte der neue Kanzler, „natürlich“ ein Multimillionär, das Bürgergeld abschaffen.

Während sich der Reichtum weiter konzentriert, fehlt in den öffentlichen Haushalten das Geld für moderne Schulen, gute Pflege, einen handlungsfähigen Sozialstaat und Zukunftsinvestitionen. Allein der staatliche Investitionsbedarf für eine zukunftsfähige Wirtschaft wird von verschiedenen Wirtschaftsinstituten auf etwa 600 Milliarden Euro veranschlagt.

Statt Reichtum zu besteuern, haben Deutschland und viele andere Staaten Verbrauchsteuern wie beispielsweise die Mehrwertsteuer erhöht, die ärmere Menschen stärker belasten als Reiche. Während die arbeitende Bevölkerung hohe Steuersätze zahlen muss – die weltweit mit

zu den höchsten gehören –, werden Vermögende von hohen Steuern und Abgaben verschont.

Eine Studie zum Einfluss von Einkommen auf politische Entscheidungen des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung aus dem Jahr 2016 stellt fest, dass die Wünsche und Bedürfnisse von Menschen mit niedrigem Einkommen mit geringerer Wahrscheinlichkeit politisch beachtet und umgesetzt werden als die Interessen der Bessergestellten. Besonders aktiv hervorzuheben sind dabei Lobbyverbände wie „Die Familienunternehmer“ und die „Stiftung Familienunternehmen und Politik“. Hinter den irreführenden Namen stehen zahlreiche Weltkonzerne und Superreiche. Sie gehören zu den einflussreichsten Lobbyverbänden der Republik. Es geht den Stiftungen vor allem darum, Steuern für Vermögende zu verhindern. Mit Märchen wie dem, dass bei Veränderung der Erbschaftssteuer auch das berühmte Häuschen der Oma betroffen wäre, gelingt es der Stiftung seit Jahren, Veränderungen zu verhindern. So profitieren sie massiv von Steuerprivilegien und beteiligen sich nur in geringem Maße am Solidarsystem der Kranken-, Pflege- oder Rentenversicherung. Vermögende werden immer vermögender, während Steuer- und vor allem Beitragssätze für den Großteil der Menschen wachsen.

In der Folge, so heißt es in der Studie, orientiere sich die Politik „noch stärker an den Interessen der Bessergestellten“. Das führe dazu, dass sich viele Menschen vom politischen System abwenden.

„Die Steuerprivilegien von Superreichen haben auch gravierende Konsequenzen für die Staatskassen. Weltweit stammen heute rund 44 Prozent der Steuereinnahmen aus Verbrauchssteuern, während die Steuern für Unternehmen nur etwa 14 Prozent und auf Vermögen nur vier Prozent ausmachen.“

Deutschland schneidet auch hier im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich ab. Seit dem Aussetzen der Vermögensteuer im Jahr 1997 ist die Erbschaftssteuer die einzige verbliebene Steuer mit Vermögensbezug und trägt weniger als ein Prozent zum gesamten Steueraufkommen bei. Auch das war früher anders: 1950 lag der Anteil von vermögensbezogenen Steuern noch bei zehn Prozent. Allein durch die seit 1997 ausge-

setzte Vermögensteuer sind Deutschland bis heute schätzungsweise 400 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren gegangen. Aktuell würde sie mehr als 30 Milliarden Euro jährlich einbringen. Und das Potenzial ist weitaus größer: Würde Deutschland dem Beispiel der Schweiz folgen und Vermögensteuern auf dem dortigen Niveau erheben, entspräche das jährlichen Einnahmen von 73 Milliarden Euro.

Stattdessen trägt eine durch erhebliche Einflussnahme von Interessengruppen dominierte Steuerpolitik im Interesse der Superreichen dazu bei, die Kluft zwischen Arm und Reich zusehends zu vergrößern.“

Reichtum und Macht

Reichtum geht Hand in Hand mit politischer Macht, beschreibt der Oxfam-Bericht die Folgen von Ungleichheit für die Demokratie. Die Superreichen sorgen gezielt dafür, dass die ungerechten Strukturen stabil bleiben: Die wirtschaftlich starken Länder im Globalen Norden bestimmen weiterhin die Regeln, von denen Superreiche und ihre Konzerne profitieren. Sie dominieren Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank sowie die Finanzmärkte. Damit wächst auch ihr Einfluss auf die Steuergesetzgebung. Die Senkung von Unternehmenssteuern, unzureichende Besteuerung von Kapitalerträgen, Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer und die Abschaffung von Vermögenssteuern sind die Folge.

Oxfams Forderungen an die kommende Bundesregierung

Die zunehmende Macht von Superreichen und Konzernen verschärft die soziale Ungleichheit und ist eine Gefahr für die Demokratie. Um sie einzudämmen, seien entschiedene politische Maßnahmen nötig. *„Es gilt Superreiche wieder stärker in die gesellschaftliche Verantwortung zu nehmen und sie endlich angemessen zu besteuern. So können die für die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit so wichtigen Investitionen in soziale Gerechtigkeit, die Gleichstellung der Geschlechter und den Klimaschutz hier und weltweit gestemmt werden. Unabdingbar ist es zudem, die Marktmacht von Konzernen zu beschränken, um ihren immensen Einfluss und*

den ihrer Besitzer*innen zurückzudrängen.“ Wir gehen davon aus, dass keiner dieser Punkte auf der Agenda des Blackrockkanzlers steht.

Oxfam leistet mit seinem jährlichen Reichtumsbericht anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos einen wichtigen Beitrag dazu, die Ungleichheit der Reichtumsverteilung auf der Welt in das Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Der obszöne Reichtum, den Milliardärinnen und Milliardäre jedes Jahr immer schneller anhäufen, bliebe ja sonst ganz im Verborgenen, ganz im Interesse der scheuen Kapital-Rehlein. Auch die Forderungen, die Oxfam stellt, um die Verteilung des Reichtums zu steuern und gerechter zu machen, weisen im Rahmen des bestehenden weltweiten Kapitalismus in die richtige Richtung. Allein, es bleibt die Frage, wie sollen die Forderungen umgesetzt werden, woher soll die Gegenmacht kommen?

Die Arbeiterklasse, die das sein könnte, ist gespalten und hat ihr Klassenbewusstsein verloren, sie ist zurzeit ein Nichts. Die Lebensumstände, verschwundene Solidarität und nicht zuletzt die Macht der Medien, auch der öffentlich-rechtlichen, haben da maßgeblich dazu beigetragen; von den sog. „sozialen“ Medien ganz zu

schweigen. Die „sozialen Plattformen“ sind eine wachsende Bedrohung auch für bürgerliche Demokratien, weil sie rechtspopulistische oder extreme Positionen bevorzugen und Wahlen massiv beeinflussen können. In Deutschland hat Musk seine Freunde von der AfD im Wahlkampf unterstützt und ihnen gehörig Schützenhilfe geliefert. Das wird in Zukunft sicherlich zunehmen.

Rechte Parteien finden ihre Anhänger*innen in allen Schichten der Bevölkerung, doch in der Arbeiterschaft stoßen sie auf überdurchschnittlich große Sympathie. Die AfD erhält unter den Gewerkschaftsmitgliedern prozentual mehr Wählerstimmen als in der Gesamtbevölkerung. Und die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die AfD gewählt haben, ist auch bei den letzten Bundestagswahlen weiter gewachsen.

Wie die Regierungsbildung in den USA zeigt, gehen die Entwicklungen in eine ganz andere Richtung als von Oxfam angemahnt und für die Weltgesellschaft nötig.

Das Kapital schafft sich den Staat, der ihm die besten Bedingungen zur Profitmaximierung gewährt. Diese Tatsache war vor nicht allzu langer Zeit bis in sozialdemokratische Kreise Allgemeingut. Allerdings hatten

sich die Vertreter der Kapitalfraktionen mehr oder weniger dezent im Hintergrund gehalten und die Arbeit ihren Lobbyisten überlassen. Seit Trumps erster Amtszeit änderte sich das grundlegend. Despoten wie Bolsonaro in Brasilien und Milei in Argentinien treten in der Öffentlichkeit unverhohlen mit neoliberalen Programmen auf und werden in die Regierung gewählt; Wähler und Wählerinnen sind von ihrer Lebenssituation und dem Establishment enttäuscht und erhoffen sich Verbesserung. Wie war das nochmal mit dem Bock als Gärtner?

Das Kapital hat sein Klassenbewusstsein nicht verloren. Ein Beispiel ist der Börsenspekulant Warren Buffett, der den Krieg der Reichen gegen die Armen wiederholt benannt hat. Der *New York Times* sagte er 2006: „*Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.*“

Schlägt die Quantität des Reichtums in eine neue „Qualität“ der politischen Macht um?

Bei Donald Trumps Amtseinführung saßen die reichsten und mäch-

gelassen haben“. So blieb beispielsweise die Entwicklung der Regelsätze des ALG II im Untersuchungszeitraum bis 2021 deutlich hinter der Lohnentwicklung zurück und verharrte vielfach auf einem Niveau, das unterhalb der Armutsschwelle liegt. Auch die staatliche Rente wirkt heute weniger stark gegen Ungleichheit und Armut als früher, was die Forschenden auf eine Kombination aus sinkendem Rentenniveau und fehlender Mindestsicherung im Alter zurückführen. Aufgrund von brüchigen Erwerbsbiografien, Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt und Niedriglöhnen müssten mehr Menschen mit geringeren Rentenansprüchen auskommen. Für die zunehmende Anzahl der Menschen, die nicht auf ausreichende Leistungen der Sozialversicherungen zurückgreifen können, seien die bestehenden Grundsicherungsleistungen systematisch zu niedrig, um Armut zu verhindern, so das Fazit. (WSI-Pressemitteilung vom 11. Februar 2025)

Weniger Umverteilung

Warum der Sozialstaat schlechter vor Armut schützt – für 60 Prozent der Erwerbspersonen passiert zu wenig

Eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung macht deutlich, dass „*Deutschland bei der Bekämpfung von Einkommensungleichheit und Armut nachgelassen hat. Zwar wirken sowohl das Steuersystem als auch der Sozialstaat in Richtung sozialer Ausgleich, doch im Zeitverlauf weniger stark als in früheren Jahren. Dabei ist der Wunsch nach staatlicher Umverteilung in der Bevölkerung weit verbreitet: Rund 60 Prozent der Erwerbspersonen finden, dass der Staat zu wenig gegen soziale Ungleichheit tut, nur rund 15 Prozent sehen das dezidiert anders.*“ Das ist das Ergebnis einer neuen Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung „*Weniger Umverteilung. Warum der Sozialstaat*

schlechter vor Armut schützt“ vom Februar 2025.

Die 2010er Jahre hätten eigentlich gute Voraussetzungen geboten, weniger Ungleichheit zu erreichen und Armut zu verringern – doch trotz des jahrelangen Wirtschaftswachstums und relativ geringer Arbeitslosigkeit haben Einkommenskonzentration und Armut in dieser Zeit zugenommen, konstatieren die Studienautor*innen Dr. Dorothee Spannagel und Dr. Jan Brülle. Daher müsse dieser Zeitraum, in dem zunächst Union und FDP die Regierung stellten, dann die Union und die SPD als kleinere Koalitionspartnerin, insgesamt als „*verlorenes Jahrzehnt*“ im Kampf gegen Armut und Ungleichheit betrachtet werden. (...) Ein genauerer Blick auf die Daten zeige, so Spannagel und Brülle, dass „*vor allem wohlfahrtsstaatliche Leistungen in ihrer armutsschützenden und ungleichheitsreduzierenden Wirkung nach-*

tigste Männer der USA in der ersten Reihe. Das veranlasste die Monitor-Redaktion zu dem Beitrag: „Macht der Tech-Milliardäre: Angriff auf die Demokratie“, der am 23.1. gesendet wurde. Hier einige Aussagen aus der Sendung:

„Bei der Amtseinführung von Donald Trump demonstrierten die Chefs der Tech-Giganten X, Meta, Google und TikTok ihre Nähe zum US-Präsidenten.

Musk und Zuckerberg sind zwei der Tech-Milliardäre, die sich früher eher liberal gaben. Zuckerberg sperrte einst sogar Trumps Facebook-Konto. Zu der Riege gehört auch Amazon-Chef Jeff Bezos, seit elf Jahren Eigentümer der Washington Post. Jetzt hat die Zeitung den Abdruck einer Karikatur verweigert, die Bezos und andere beim Kniefall vor Trump zeigt.“

Constance Kurz vom Chaos Computer Club meinte:

„Elon Musk gehört zu Trumps Team. Mit seiner milliardenschweren Plattform X will er sich keinen Regeln mehr unterwerfen. Stattdessen die eigenen Regeln durchsetzen. Mit X macht er Wahlkampf für rechte und rechtsextreme

Parteien – in Italien, Großbritannien und in Deutschland. Spätestens jetzt sollten alle Alarmglocken schrillen.“

Claus Leggewie, Politikwissenschaftler an der Justus-Liebig-Universität in Gießen, führt dazu aus: „Was wir beobachten, ist das Umkippen einer Demokratie in eine Plutokratie. Die Direktherrschaft der Superreichen, die nicht etwa nur Hintenrum ihren Einfluss geltend machen, sondern die tatsächlich direkt nach der Macht greifen.“

So hat der US-amerikanische Präsident dem Tech-Milliardär Musk den Auftrag gegeben, die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst der USA auf Effektivität zu durchforsten. Das Team von Milliardär Musk, mit der Bezeichnung DOGE (Department of Government Efficiency), überprüft eine US-Behörde nach der anderen und treibt massenhafte Entlassungen von Staatsbediensteten voran. Dieser Aufgabe kommt Musk, ohne Rücksicht auf Verluste und ohne sich an arbeitsrechtliche Vorgaben zu halten, nach. In einem besonders delikaten Fall wurden 300 Mitarbeiter der US-Atomsicherheitsbehörde

gefeuert. Sie wachen über den Bestand von US-Atomraketen, sind für die Wartung und Sicherung zuständig und beaufsichtigen auch den Bau neuer Nuklearwaffen. Die NNSA ist auch damit befasst, Terroristen und „Schurkenstaaten“ daran zu hindern, sich waffenfähiges Plutonium zu beschaffen. Diese Kündigungen wurden inzwischen wieder zurückgenommen. Aber der Fall zeigt: der Willkür sind Tür und Tor geöffnet, ohne Rücksicht auf geltende Rechte und Gesetze. Auf einer Konferenz der US-Konservativen hat sich Musk für seine radikalen Stellenstreichungen feiern lassen. Unter dem Jubel der Anwesenden schwenkte er eine Kettensäge durch die Luft – ein Geschenk des argentinischen Präsidenten Javier Milei. „Das ist die Kettensäge für die Bürokratie“ zitieren die *Nürnberger Nachrichten* Musk, der ein enger Berater von Präsident Trump ist.

Ein weiterer Milliardär und Strippenzieher hinter Trump ist Peter Thiel. Er steht politisch weit rechts, hält sich aber im Gegensatz zu Musk eher im Hintergrund. Als ein Grün-



der von PayPal und Investor hat er sich ein Milliardenvermögen erworben und J.D.Vance im Wahlkampf massiv unterstützt. „Thiel bekennt sich zum Libertarismus – einer politischen Philosophie, die persönliche Freiheit über staatlichen Einfluss stellt –, während er gleichzeitig die Politik des freien Marktes ablehnt, da freier Wettbewerb Profite senke. Er lobt die Praxis, Behörden gegenüber zu lügen, um sich deren Einfluss zu entziehen, da aus seiner Sicht ‚Firmen über Staaten‘ stünden. Unternehmen würden besser geführt als Regierungen, weil an ihrer Spitze ein alleiniger Entscheider mit annähernd diktatorischer Vollmacht steht, der keiner demokratischen Legitimation bedarf. Aus ähnlichen Gründen sieht er das Frauenwahlrecht kritisch. Thiel werden Kontakte zur neoreaktionären Bewegung (NRx) nachgesagt.“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Marktwirtschaft>)

Thiel schwebt eine Herrschaft von Eliten vor, eine oligarchische Diktatur, die nur auf den Eigennutz der Herrschenden ausgerichtet ist und sich vom Gemeinwohl verabschiedet. Freiheit und Demokratie hält Thiel für unvereinbar.

Die Wirtschaftsjournalistin Christine Kerdellant ist der Macht der Superreichen in ihrem Buch „Milliardäre, die mächtiger sind als Staaten“ nachgegangen. Sie kommt zu dem Ergebnis: „Eine Handvoll Männer entscheidet nun über unsere Zukunft. Bill Gates regiert das weltweite Gesundheitswesen. Elon Musk kappt den Internetzugang der ukrainischen Armee, wenn er sie am Handeln hindern will. Mark Zuckerberg schürt den Populismus und gefährdet eine Generation von Teenagern. Jeff Bezos will uns in riesigen Kapseln in Schwerelosigkeit leben lassen. Sergey Brin und Larry Page bereiten die Verschmelzung von Mensch und Maschine vor, um dem Tod ein Ende zu setzen. Und während sie unsere Kinder zu Social-Media-Süchtigen machen, erziehen sie ihre eigenen Sprösslinge fernab von Bildschirmen, um deren geistige Gesundheit zu erhalten.“

Die Internet- und KI-Milliardäre haben riesige Vermögen angehäuft, die sie mithilfe von Steuerparadiesen optimiert haben, und sind mächtiger als Staatsoberhäupter geworden. Sie sind niemandem Rechenschaft schuldig und akzeptieren nicht, dass ihren Träumen

Grenzen gesetzt werden. Sie entscheiden nun allein über die Zukunft der Welt.“

Die beschriebene Macht der Milliardäre geht einher mit einem Aufschwung der politischen Rechten in den USA und in Europa. Frank Deppe geht dem in einem Aufsatz mit dem Titel „Autoritärer Kapitalismus, Der Aufschwung der politischen Rechten in den Kapitalmetropolen des Westens“ nach. In der Septembernummer der Zeitschrift für marxistische Erneuerung Z des letzten Jahres schreibt er: „In der gegenwärtigen Periode vollzieht sich mit dem Anwachsen der rechtspopulistischen antidemokratischen Kräfte (einschließlich profaschistischer Tendenzen) eine Verschiebung zum autoritären Kapitalismus, der – zu Lasten demokratischer Politikgestaltung – den Primat der äußeren und inneren Sicherheit anerkennt, Disziplin nach Innen durch die Konfrontation mit den äußeren Feinden (Russland und China), durch die ideologische Aufwertung des Nationalismus und der christlichen Religion, vor allem aber durch repressive Maßnahmen gegen Ausländer und Migranten erzwingen will. Das ‚kriegstüchtige‘ Volk muss sich den durch den Staat definierten Zielen der Selbstverteidigung gegen die Feinde von außen und innen unterordnen. (...)“

Damit ein durch Wohlstand und Frieden verwöhntes Volk ‚kriegstüchtig‘ gemacht wird, erfahren die ideologischen Staatsapparate (Medien, Wissenschaftssystem) eine gewaltige Aufwertung.“

Genau das findet gerade statt. Über alle Kanäle wird uns von den Medien eingetrichtert, dass es keine Alternative zu Rüstung und Kriegstüchtigkeit gibt, denn dass Russland die NATO in einigen Jahren angreifen wird, scheint nach Meinung der „Expert*innen“ ausgemachte Sache zu sein. Woher die sogenannten „Sachverständigen“ diese Gewissheit nehmen, sei dahingestellt. Aber es zeigt Wirkung. Nach dem neuesten ZDF-Politbarometer befürworten rund drei Viertel der Deutschen deutlich erhöhte Finanzmittel für die Bundeswehr, auch wenn dies die Verschuldung massiv steigert. Es ist also davon auszugehen, dass uns in Deutschland zumindest verbal kriegerische Zeiten ins Haus stehen.

Hier sei noch auf die Kampagne „Friedensfähig statt Erstschlagfähig“ hingewiesen. Darin haben sich 40 Gruppen der Friedensbewegung zu-

sammengeschlossen. Ihr vorrangiges Ziel ist es zu versuchen, die Stationierung von Mittelstreckenraketen 2026 zu verhindern.

Das Zitat von Frank Deppe bezieht sich aber nur auf einen Teilbereich der kapitalistischen Entwicklung. Eine wesentliche Folge der Verschmelzung staatlicher Macht des ideellen Gesamtkapitalisten mit den Partikularinteressen einzelner Superreicher ist die Dauerkrise des bürgerlichen Systems und seiner Institutionen.

Deppe spricht deshalb von einer „strukturellen Überforderung des Nationalstaats, die in Zeiten der Polykrise allerdings darin besteht, dass er den Anforderungen des Krisenmanagements nicht gewachsen ist. Er will (bei hoher Staatsverschuldung) im Interesse der Wirtschaft Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit fördern, den Umbau zu einem ‚grünen Kapitalismus‘ vorantreiben, die kaputte Infrastruktur (Verkehr, Gesundheit, Bildung) reparieren, die sozialen Sicherungssysteme angesichts der demographischen Entwicklung (Belastung der Rentensysteme) schützen und die steigenden Kosten der Migration, der Armut und der Prekariät übernehmen und – bei Beibehaltung der ‚Schuldengrenze‘ – die Ausgaben für Militär und Rüstung (einschließlich der militärischen Unterstützung der Ukraine und der israelischen Armee) drastisch steigern. (...) Der Nationalstaat ist als Krisenmanager im Inneren gefordert und ist dabei strukturell überfordert, was sich u.a. in der hohen Staatsverschuldung sowie in der Auseinandersetzung um die sog. ‚Schuldenbremse‘ manifestiert.“

Eine funktionierende Infrastruktur entscheidet nicht nur über die Lebensqualität der arbeitenden Bevölkerung, sondern auch über die Qualität des ‚Standorts‘, d.h. über die Verwertungsbedingungen und über die Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals“.

So vermag der Einfluss der reichsten Männer und der wenigen Frauen unter ihnen, ihres Kapitals, ihrer Verbindungen und ihrer verqueren, zutiefst reaktionären Überzeugungen die Funktionsweise bisher gesicherter, „stabiler“ Staatssysteme zu gefährden und damit die Lebensentwürfe von Millionen und Abermillionen Menschen in die Tonne zu treten. Das ist der wahre Skandal dieses Systems, das es zu bekämpfen gilt.

Rentenpolitik

Klassenfragen enden nicht nach 67 Lebensjahren

Die Sozialministerin Bärbel Bas orakelt von der Einbeziehung der Beamten in die Gesetzliche Rentenversicherung. Die Wirtschaftsministerin Katharina Reiche bringt einen weiteren Anstieg des Rentenalters (über 67 Jahre hinaus) ins Spiel. Laut Koalitionsvertrag soll eine Kommission bis Mitte der Legislaturperiode (das wäre etwa Anfang 2027) Vorschläge für eine „Rentenreform“ erarbeiten. Konkrete Entscheidungen sind zwar noch nicht gefallen, aber in der Zukunft ist mit Veränderungen, real wohl Verschlechterungen, bei den Renten zu rechnen. Zu diesem Thema hat uns folgende Zuschrift eines Lesers und gelegentlichen Autors erreicht.

Seit Bildung der Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD werden Stimmen wieder lauter, Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme „zukunftssicher“ festzuschreiben oder aber bislang gewährte Leistungsstandards abzusenken. Denn als zentral kassierte zwangssolidarische Lohnbestandteile bilden die Beiträge ein Drittel der jeweiligen Lohnhöhe und schmälern bei weiterem Zuwachs die Gewinnsituation der Betriebe. Das meint die Rede vom drohenden Verlust der „Wettbewerbsfähigkeit“. Dass diese beständige Klage über die „Abgabenlast“ verunsicherte Haltungen bei der Masse der Lohn- und Gehaltsbezieher bewirkt, belegt eine erneute Umfrage von Infratest Dimap: „Aktuell sehen 49 Prozent Bedarf für eine grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, während 36 Prozent ‚gezielte Anpassungen‘ wünschen. Nur elf Prozent finden: Alles ‚sollte so bleiben‘, wie es ist.“ Insgesamt haben 81% der Befragten kein Vertrauen in die Bundesregierung, notwendige Maßnahmen einzuleiten, damit die Rentenversicherung „zukunftssicher“ ist.¹

Aus dieser Verunsicherung und Unkenntnis der Finanzierungsbasis

resultieren dann vorschnelle Einfälle, irgendwie weitere Geldquellen für die Rentenversicherung aufzutun, um das ohnehin bereits abgesenkte Rentenniveau festzuhalten. Vielleicht hat die neue zuständige Arbeits- u. Sozialministerin Bas (SPD) nach Ratschlägen von kompetenter Seite dazugelernt, wenn sie nicht mehr öffentlich vorschlägt, dass auch Beamte, Selbständige, ja selbst Parlamentsabgeordnete in die Rentenversicherung einzahlen sollen, um mit mehr Geldzuflüssen insbesondere die Rentenansprüche wachsender Ruhestandlermassen von derzeit 21,4 Millionen in Deutschland erfüllen zu können.

Dass mit weiteren Berufsgruppen alsbald dann zusätzliche Ansprüche an die Rentenkasse eintreten würden oder ihrer Bedienung harren, bleibt völlig aus dem Blick und verweist auf die vordergründige Absicht, mit simplen Formeln von tieferliegenden Ursachen der Rentenproblematik abzulenken.

Denn es waren beschäftigungspolitische Eingriffe, die zu einer Verzerrung der Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters führten und dann Beitragsausfälle zeitigten, die nicht auf zu wenig Lohnarbeit leistenden Beitragszahlern beruhten, sondern auf verringerten Beitragszahlungen von in Teilzeit genötigten Beschäftigten; dies überwiegend Frauen. Hier mit einer egalitären zeitgemäßen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit nach über hundert Jahren 8-Stunden-Tag anzusetzen, kommt etablierter bürgerlicher Politik naheliegend nicht in den Sinn, denn es würde die Arbeitskraft wieder allgemein teurer machen, nachdem Tarif- wie infolge Sozialpolitik nach 1980 darauf zielten, Lohnzahlungen eng am Produktivitätsfortschritt zu halten, aber doch wenigstens in weniger qualifizierten Berufsfeldern auch mit minimierten Sozialbeiträgen zu verringern. Das machte dann nach 2010 einen gesetz-

lichen Mindestlohn unausweichlich, denn in vielen Dienstleistungsbereichen waren tarifliche Verbesserungen aufgrund gewerkschaftlicher Schwäche nicht mehr durchsetzbar.

Wozu brauchen Leute, die in der Regel nicht mehr besitzen als ihre Arbeitskraft, einen Arbeitskontrakt? Gegen Lohn oder Gehalt vermieten sie quasi ihre Arbeitsfähigkeit zu bestimmten Bedingungen gegen Entgelte eines „Beschäftigers“, geben vorher „Arbeit“, genauer Arbeitsleistung, her. Je nach abgeforderter Arbeitsverausgabung dient das monatliche Entgelt der Reproduktion der Arbeitskraft, wozu nach gesellschaftlichem Standard passable Unterkunft, Ernährung, Bekleidung, Mobilitätskosten und nicht zuletzt der Aufwand für Kinderaufzucht gehören. Allein schon bei gesundheitlicher Versorgung, die bei Klinikaufhalten sehr teuer werden kann, springt bei uns eine solidarisch erbrachte Kostenübernahme seitens der gesetzlichen Krankenkasse ein, deren Summe einen „beitragsfreien“ Lohnabhängigen umgehend finanziell ruinieren konnte. Nicht aber den Solidarfonds einer Krankenkasse mit Millionen Mitgliedern.

Mit zunehmendem Alter, spätestens ab dem siebten Lebensjahrzehnt ist dann auch generell ein Zeitpunkt erreicht, wo vorherige Leistungsfähigkeit schwindet oder aussetzt. Doch womit oder wovon leben, wenn altersbedingt kein Arbeitskontrakt in Frage kommt? Als weitere sozialstaatliche Errungenschaft ist eine an der Lohnentwicklung orientierte Altersrente in Deutschland inzwischen von nur noch 48% des Durchschnittsverdienstes nach 45 Beitragsjahren zugesagt. Sie soll eine Lebensführung oberhalb der Armutsgrenze gewährleisten oder sogar einen erreichten Lebensstandard sichern. Nachdem jeder Lohn- oder Gehaltsempfänger bis zum letzten Monat vor dem Übergang in den Rentnerstatus – in der Gesamtheit

1) Die Welt, 8.8.2025

von Lohnempfängern als Klasse, eben nicht von Generationen – seinen Rentenbeitrag abbuchen ließ, stehen dann die verbleibenden und nachrückenden Lohnabhängigen für seinen Rentenanspruch ein, der sich nach Dauer und Höhe vormaliger Einzahlungen bemisst. Im Jahre 2023 umfassten die Ausgaben der Deutschen Rentenversicherung (DRV) 374 Milliarden Euro; pro Monat dann etwa 31,2 Milliarden Euro, die aufzubringen sind. 288 Mrd. Euro waren von Beiträgen gedeckt, sodass ein Bundeszuschuss von 86 Mrd. Euro aus allgemeinen Steuermitteln für den nicht einbringbaren Rest aufkam.² Dies nützt nicht nur den Rentnern, sondern vermeidet höhere Beiträge dann eben höherer Bruttolöhne, um die Bilanzen der privaten wie öffentlichen Betriebe zu „entlasten“, anders gesagt Schonung der Gewinn- oder Ertragssituation der Betriebe.

Wiederholte Äußerungen aus „sozial“-demokratischer Richtung, weitere Berufsgruppen in die GRV einzubeziehen, verkennen die Tatsache diverser Einkommensarten oder -bezüge mit Besonderheiten wie dann bei den Beamten: Als Amtsperson unterstellt und erwartet von ihnen der Staat ein beiderseitiges Treueverhältnis, somit Verlässlichkeit für das Privileg höheren Gehalts sowie der Alterspension, wovon jedoch höhere Beiträge für eine private Krankenversicherung abgehen. Jeder Verfassungsrichter dürfte Eingriffe zur Statusminderung der Beamten verwerfen. Darauf verlässt sich letztlich dann auch der Beamtenbund. Denn wem nützt die Zunahme von Korruption im Beamtenapparat, wenn Treuebruch nicht wie bisher mit Entzug sämtlicher erworbenen Versorgungsansprüche geahndet würde?

Dass unter Selbstständigen wie Kioskbetreibern, Taxifahrern oder prekär entlohnten „freien“ Journalisten keine Großverdiener zu finden sind, sollte jeder wissen. Neben der Möglichkeit punktueller freiwilliger Beiträge in die GRV könnte ein weiterer Versicherungszweig vor der Grundsicherung im Alter (Sozialhilfe

unter Ausschluss von Zuverdienst) bewahren. Jedoch sind stetige Jahresbeiträge von mehr als 1000 Euro von diesen Berufsgruppen kaum zu erwarten, während „besserverdienende“ Gruppen wie Ärzte, Anwälte o.a. auf ihre eigenen Versorgungswerke zählen können.

Da sie alle, wenn nicht angestellt, nicht fremdbestimmt lohnabhängig beschäftigt sind, hat ihr Einkommen keinen Bezug zur Finanzierungsbasis der auf Lohn basierten gesetzlichen Solidarsysteme.

Jegliche aktuelle Debatte umgeht daher die einzige Verbesserung der GRV- Beitragssituation durch Ablenken von der Notwendigkeit höherer Lohnzahlung: Sei es durch Anhebung der Beiträge prozentual oder Ausweitung der Vollzeitbeschäftigung in gesellschaftlicher Breite: Der außer Acht geratene Kampf um kurze Vollzeit für alle durch den 6-Std.-Tag in einer 30 Std.-Woche hat mit einzugehen in den Kampf um die Zukunft des Sozialstaates.

Keine Kampfaufgabe für den DGB im Fahrwasser der SPD. Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi belässt es beim Appell an die Regierung zu „Steuererhöhungen, um etwa die Rentenkasse zu stützen“³. Der sogenannte Druck der Straße scheint hier nichts als tabuisiert. Mag so etwas geschehen in Nachbarländern wie Frankreich oder Belgien. Deutsche Untertanen, selbst noch mit unter sechs Millionen Mitgliedern gewerkschaftlich organisiert, haben immer zu spät aufzuwachen.

Versuche, Anteile der monatlichen Netto-Entgelte zur privaten Ergänzung der Altersvorsorge in Verwaltung der Finanzkonzerne einzukassieren, haben von dort aus nicht nachgelassen. Welch sicheres profitables Geschäftsfeld, dem die GRV noch den Zugriff auf Nettolohnbestandteile entzieht, wo das Ausbremsen der Bruttolöhne längst schon gelingt.

Allein die Nachfrage nach Risikokapital macht bei „privater“ Vorsorge große Hoffnungen. „Eine Schlüsselrolle spielt dabei das Rentensystem. Der Deutsche Bank Chef Sewing rechnet vor: „Wenn

die deutschen Sparer zum Beispiel analog zum Schwedischen Modell zwei Prozent ihres Bruttolohns in eine kapitalgedeckte Altersvorsorge einzahlen würden, wären allein das jährlich 40 Milliarden Euro an Investitionsmitteln“⁴. Norbert Rollinger, Vorstand bei der genossenschaftlichen R+V-Versicherung, sieht das weitaus skeptischer. „Viele Experten erachten Investitionen in ETFs und Aktien für sinnvoller – wegen der höheren Renditechancen. Ich halte nichts davon, dass die Bundesregierung auch Produkte ohne Garantien in der Ansparphase fördern will, um die Chancen an den Kapitalmärkten besser zu nutzen. Es geht hier nicht um Vermögensmehrung für Besserverdienende, sondern um Altersvorsorge für das Gros der Bevölkerung. Deshalb braucht es einen gewissen Schutz für die eingezahlten Beträge. (...) Die Frühstartrente soll in ein kapitalgedecktes Altersvorsorgedepot fließen. Da werden Versicherungen eher keine Rolle spielen. Die Regierung lässt sich zu stark von der guten Entwicklung an den Börsen blenden. Bei der Altersvorsorge ist es aber nicht sinnvoll, sich mit ETF-Sparplänen komplett den Risiken des Kapitalmarkts auszusetzen. Das gilt besonders in Zeiten, in denen selbst Länder wie die USA überlegen, ob sie ihre Staatsanleihen künftig noch bedienen können oder wollen. Die Risiken an den Märkten sind so groß wie lange nicht.“⁵

Die in diesen Zitaten genannten wenigen Fachbegriffe verweisen für Außenstehende auf einen Wirrwarr von Lockangeboten und intransparenten Vertragsfallen, mit denen bei ergänzender individueller Altersvorsorge zu rechnen ist. Dauerhaftes Einstreichen von Provisionen und Verwaltungsgebühren für das Beibringen von Dividendenanteilen des Kapitaleinsatzes ist den Finanzagenten dabei sicher. Um gewerkschaftliche Positionen gegen das Schlechtreden der GRV zu stärken, wäre es hilfreich, wenn gewerkschaftliche Aktivisten Vortrags- wie Diskussionsabende initiieren würden, bei denen auch Sprecher der regionalen Rentenberatungsstellen auftreten können. Mehr Einsicht in die Rentenfinanzierung ist die Voraussetzung, um in öffentlicher Aktion entschieden für sichere gesetzliche Renten einzutreten.

Leichtfertige wie kurzsichtige Sprüche wie „alle sollen da einzahlen“ gehen am Verständnis der Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme vorbei.

H.Z., Gö. 14.8.25

2) Bei gleichem Normalarbeitstag von 6 Stunden und 50 Arbeitswochen pro Jahr bei 40 Millionen Beschäftigten reicht eine 30 Stundenwoche hin, 60 Milliarden Arbeitsstunden zu erbringen. Ein Durchschnittsverdienst von 4000 Euro bei 800 Euro Rentenbeitrag führt zu 32 Milliarden Euro Einnahmen der Rentenversicherung monatlich.

3) Handelsblatt 4.8.2025

4) Handelsblatt 23./24.5.2025

5) Handelsblatt 10.6.2025

Starmers Labour, ein neues Projekt

Nach 14 Jahren Tory-Herrschaft und vier Premierministern, die einen Sparkurs durchsetzten, kam Labour im Juli 2024 mit sehr großer Mehrheit an die Regierung zurück. Die Tories befanden sich mehrere Jahre in einer Krise. Gegen Ende waren sie in vielleicht ein Dutzend verschiedene Fraktionen oder Cliquen zersplittert um jeweils eine Person, die sich verzweifelt bemühte, Parteiführer zu werden. Jede von ihnen versuchte, noch weiter rechts als die anderen zu erscheinen, um auf die Parteimitglieder Eindruck zu machen.

Der NHS (Nationaler Gesundheitsdienst) befand sich in der Krise. Die Menschen mussten warten, bis sie für eine geplante Operation oder einen Notfall ins Krankenhaus konnten. Das Eisenbahnnetz litt unter Verspätungen und dem Ausfall ganzer Züge. Eine Anzahl der privatisierten Gesellschaften wurden renationalisiert, um den Service zu verbessern. Es haperte am Bau neuer Wohnungen, wobei die Baukosten sehr hoch waren. Ein Drittel der Kinder leben in Armut. Die Tories hatten die finanzielle Unterstützung, die jede Familie für jedes Kind erhielt, auf zwei Kinder pro Familie beschränkt. Für alle weiteren Kinder gab es keine Unterstützung mehr.

Die neue Labour-Regierung kündigte eine ganze Reihe von Einschnitten im Sozialbereich an: Die Behinderten wurden getroffen von der Streichung der Unterstützung; die von den Tories eingeführte Begrenzung des Kindergeldes auf zwei Kinder pro Familie wurde beibehalten. Die „Winter Fuel Allowance“ (um die Rechnungen für Gas und/oder Strom bezahlen zu können und es warm zu haben) sollten zukünftig nur noch Rentner mit der niedrigsten gesetzlichen Rente erhalten. Diejenigen, die etwas mehr bekommen, z. B. aus einer weiteren Rente, sollten diese Winterhilfe nicht mehr erhalten. Diese Maßnahme verursachte sehr viel Ärger, nicht nur bei denjenigen, die diese Beihilfe bis jetzt erhielten, sondern auch bei Parlamentsabgeordneten von Labour und zahlreichen

Parteimitgliedern. Viele Menschen mussten sich also entscheiden, ob sie es warm haben wollten oder genug zu essen haben. Im Moment schaut es so aus, als ob die „Winter Fuel Allowance“ in Zukunft wieder eingeführt wird. Möglicherweise wird das Kindergeld für ein drittes Kind gewährt. Labour-Abgeordnete sind wütend auf diese Politik. Sie tun ihre Meinung kund und sind bereit, dagegen aufzustehen.



Gewerkschaftsdemonstration gegen die Entscheidung, die Winterbrennstoffzulage abzuschaffen

Bei den Kommunalwahlen im Mai 2025, die in einigen Teilen des Landes stattfanden, – nicht überall –, schnitten sowohl Labour als auch die Tories sehr schlecht ab. Es standen Stadträte, Kreisräte und Bürgermeister zur Wahl. Reform UK, die populistische Partei, die ursprünglich von Nigel Farage geführt wurde, dem früheren Führer der Brexit Party und ähnlicher Organisationen, erhielt 30 % der abgegebenen Stimmen. Sie kontrolliert jetzt zehn County Councils und stellt zwei Bürgermeister. Die Tories erzielten das schlechteste Ergebnis, das sie jemals hatten. Sie gewannen nur 17 %, während Labour 22 % erhielt, die Liberaldemokraten 15 % und die Grünen 10 %. Die beiden letzteren Parteien erhielten Stimmen von unzufriedenen Labour-Wählern.

Es herrscht große Unzufriedenheit unter Labour-Abgeordneten; nicht nur unter Linken, die es geschafft ha-

ben, die Säuberungsaktionen durch Starmers Apparat zu überstehen oder die suspendiert wurden wegen ihres Kampfes gegen Starmers Politik im Hinblick auf den Krieg in Gaza (ursprünglich unterstützte er Israels Blockade von Energie und Wasser nach Gaza, aber später änderte er seinen Standpunkt). Bei den Parlamentswahlen vertraten einige Kandidaten Labours eine andere Position als die Parteilinie und wurden infolge dessen wegen der Gaza-Frage gewählt. Einige Labour-Abgeordnete, die die Palästinenser unterstützen, wurden wiedergewählt, sogar der ausgeschlossene Jeremy Corbyn, der beliebt bleibt. John McDonald, der Corbyn nahesteht, ist immer noch von der Partei suspendiert. Er fordert Starmer heraus.

Die 2024 gewählten Abgeordneten von Labour sind vielfach unzufrieden mit Starmers Kurs. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2025 und die Meinungen, die von Wählern während des Wahlkampfes geäußert wurden, zeigen ihnen, dass sie das nächste Mal nicht wiedergewählt werden. Angela Rayner, die gewählte stellvertretende Parteivorsitzende von Labour, machte ein Memo an die Finanzministerin Rachel Reeves publik, in welchem sie eine Steuer für Bankprofite verlangt. Ihre Auffassung wurde zwar zurückgewiesen, aber es wurde der Verdacht geäußert, das sei ein Schritt in die Richtung, dass sie Starmer ablösen wolle.

Starmer machte nicht nur Einschnitte im Sozialbereich; er hat Auslandshilfen gekürzt, die Rüstungsausgaben aber erhöht. Er erzeugt eine Stimmung, als ob in naher Zukunft ein Krieg mit Russland anstehe. Er hat einen Kreis von sehr weit rechts stehenden Leuten um sich, noch rechter als die Ex-Blair-Anhänger um ihn. Während Blair nur den Einfluss der Gewerkschaften minimieren wollte, um Labour in eine Partei der Mitte verwandeln, scheinen einige von denen, die mit Starmer verbunden sind, zu wollen, dass Labour sich in einen Ersatz für die Tory Party verwandelt.

m.j., 5.6.2025

Verzweifelt Vermächtnis

„Où est l'espoir?“* Mit seinem Fragezeichen war der Titel der im vergangenen Herbst erschienenen Originalausgabe treffender. Zieglers deutscher Verlag kündigte das jüngste, vielleicht letzte Buches des nun 91-Jährigen als „kämpferisches Vermächtnis“ an. Doch es klingt verzweifelt.

Emanzipation, Gleichheit, Gerechtigkeit hängen von uns ab. Ja, „diese Verantwortung haben wir“.

Zuerst entfernte ich den widerwärtigen Kleber: Für mich ist Jean Ziegler kein „SPIEGEL-Bestseller-Autor“, sondern ein radikal engagierter Genosse, der schreibend abzuwenden versucht, was er kommen sieht. Auf dem Buchumschlag wird er gross, rot, undifferenziert als „unermüdlicher Globalisierungskritiker“ präsentiert. Was eigentlich falsch ist. Er fordert weltweite Solidarität. Allerdings will er einen grundlegenden Wandel; „der Kapitalismus ist nicht reformierbar“, als System nicht zu zivilisieren. Als sich auch offen zum Katholizismus bekennender Sozialist glaubt er, wohl durchaus religiös, ein Sturz unserer „kannibalen Weltordnung“ sei möglich, stehe bevor. Ob sein „Trotz alledem!“ mit dazu beiträgt? Vielleicht. Naiv ist er ja nicht.

Radikal anklagendes Inventar

Er liefere im Buch „das Inventar der wichtigsten Katastrophen“ sowie „der Strategien, die es zu erschaffen gilt“, um diese zu überwinden, steht im ersten Absatz. Letzteres bleibt skizzenhaft, die Beschreibung der Lage jedoch ist sprachlich wie faktisch erschütternd. Nach neuesten Daten der Vereinten Nationen „vernichten“ von Not und Elend ausgelöste Konflikte pro Jahr fast so viele Menschenleben wie der Zweite Weltkrieg insgesamt und eine neue krieglerische Phase hat begonnen. Ziegler spricht nicht nur das Drama in der Ukraine an, wo er sich „vollkommen ohnmächtig“ fühle, zum Zuschauer des neuen Angriffs des „Massenmörders Putin“ degradiert,

* „Wo ist die Hoffnung?“

der zuvor schon Tschetschenien zerstörte. Breiter und mit Blick auf die historischen Wurzeln und die tragisch verpassten Chancen wird das Geschehen in Gaza beleuchtet. Syrien, Afghanistan, der Sudan... Und immer profitiert die Waffenindustrie von Vernichtung und Sterben, die Rüstungsspirale rotiert noch rascher. Auch in der Schweiz verdienen viele mit. Während dem Staat Israel mit gutem Gewissen die tödlichsten der vorhandenen Waffen geliefert werden, wird gebeten, die zivilen Opferzahlen „möglichst niedrig“ zu halten.

Dieses aktuelle Geschehen durchzieht die ersten Kapitel, überschrieben mit „Die Kannibale Weltordnung“, „Der Hunger“, „Der Untergang der Vereinten Nationen“, „Die Beseitigung des Asylrechts“. In der zweiten Hälfte des schmalen und trotzdem nicht leicht zu würdigenden Bändchens wird mit vielen Abschweifungen ein teils hochphilosophischer Bogen gezogen: von der tiefen „Entfremdung“, die im Kampf gegen uns aufgezwungene Unmenschlichkeit überwunden werden müsste, zur erlösenden „Hoffnung“. Ziegler ruft zu einer „massiven und entschlossenen Mobilisierung unserer Bürger und der öffentlichen Meinung“ auf. Besonders im Blick hat er Bauern und Bäuerinnen, aber auch Gelbwesten in Frankreich bezieht er noch irgendwie mit ein. Durch einen Schulterchluss könnte zum Beispiel die Wiederherstellung des Asylrechts und eine künftig allgemeine Anwendung „des temporären Schutzes“ erreicht werden, den die EU derzeit Flüchtenden aus der Ukraine gewährt. Das pure Gegenteil der davor beschriebenen brutalen Frontex-Maschinerie.

Menschenrechte als Programm

„Überall auf der Welt kann sich der Staat in einen Aggressor verwandeln“, mahnt Ziegler. Aber im Kontrast zum Schwinden menschlicher Gerechtigkeit gebe es eine machtvolle historische Kraft, „ein eschatologisches Bewusstsein“ von dem, was gerecht wäre – die Utopie. „Ihr Fortschritt ist unaufhaltsam.“ Das habe sich etwa bei

der Abschaffung der Sklaverei gezeigt. Und mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurde diese Utopie zum globalen politischen Programm, das jetzt zu verteidigen und durchzusetzen ist. Wo die Politik versagt, habe die Zivilgesellschaft zu handeln. „Wenn sich die Linke archaisch darauf versteift, die Macht im Staat zu erobern, ist sie auf dem Holzweg.“ Sie müsste die „Oligarchie des Finanzkapitals“ frontal angreifen, „je nach Erfordernis“, mit den „besten Waffen“ von Intelligenz und Wissen ausgestattet. Zu diesem Aufstand seien alle aufgerufen. Er gebe seinem und jedem menschlichen Leben einen Sinn. Emanzipation, Gleichheit, Gerechtigkeit hängen von uns ab. Wenn es nicht gelingt, den herrschenden „Raubkapitalismus“ zu besiegen, werden wir dazu verurteilt, in einer Welt zu leben, die dann nicht mehr für eine, sondern für mehrere Milliarden anderer Menschen völlig unerträglich sein wird. Ja, „diese Verantwortung haben wir.“

In der Klimabewegung sei vielen klar geworden, dass tiefe ursächliche Zusammenhänge einen Systemwandel erfordern, ein Überlebenskampf in Gang ist. Zuvor führte Ziegler die zu Beginn der 2000er-Jahre imposante Internationale gegen neoliberale Globalisierung als ein Muster für den Charakter der „planetarischen Zivilgesellschaft“ als neuer Kraft an. Wo blieb sie? Vom jüngsten Aufbruch mit mehr ökologischen Akzentsetzungen wurde auch er überrascht. „Aussergewöhnlich“, „etwas Geheimnisvolles“ ... Ein mutig entschlossenes Mädchen aus Schweden brachte mit medialer Unterstützung die alten Ermatteten weltweit mit aufgerüttelten Neuankömmlingen zusammen, und der Grossvater bekam von seinem Enkel den Slogan mit, der beim Genfer Sitz einer speziell skrupellosen Bank skandiert wurde: „Ertränkt die Bankiers, nicht das Packeis!“ Durch die Übersetzung fiel zwar der französische Wortwitz weg, dafür trat die Härte hervor. Wie bei den Passagen, in denen Empörung und berechtigte Wut in stereotyp wiederholte pathetische Phrasen münden, wurde mir unwohl. Ist das ein Fluchtweg vor zu schwierigen Fragen?

Erfahrung, Begegnungen, Auftrag

Wertvoll ist, was der langjährige UN-Sonderberichterstatler für das Recht auf Nahrung an Positionen des globalen Südens in sein Plädoyer für eine neue Weltordnung einbringt. Marx- und allerlei andere Zitate mögen als Leseempfehlungen dienen. Und wer erstmals etwas von Zieglers Begegnungen mit Prominenten und revolutionären Grössen erfährt, wird auch von seinen immer wieder präsentierten Episoden beeindruckt sein. Sartre und de Beauvoir, die in Paris aus dem biedereren Hans den intellektuellen Jean machten. Che, der ihm einen Guerillakampf nicht zutraute und dafür Genf als Einsatzort im „Gehirn des Monsters“ zuwies ... Unter die Haut geht die vergleichsweise frische Schilderung einer offiziellen Mission, die ihn 2005 im von einer Mordwelle erschütterten Guatemala in ein Dorf führte, wo Indigene um ihr von Konzernen beanspruchtes Land kämpften, um ihre Lebensbasis. Misstrauen schlug ihm entgegen; diese Menschen hatten Angst. „Etwas gehemmt verteilte ich meine UN-Visitenkarte. Die Frauen pressten sie wie einen Talisman an ihr Herz.“ Doch er war sich bewusst, nicht die geringste Möglichkeit zu haben, „ihnen den Schutz zu bieten, den sie brauchten.“ Er beantragte Massnahmen; die Niederlagen in den zuständigen Gremien waren programmiert. Die umfassende Verpflichtung, denen zu helfen, die leiden und kämpfen, blieb. In ihrem Handeln ist Hoffnung!

Hans Steiger, Schweiz



Jean Ziegler: *Trotz alledem! Warum ich die Hoffnung auf eine bessere Welt nicht aufgebe.* Aus dem Französischen von Hainer Kober. Bertelsmann, München 2025, 205 Seiten, 22 Euro

Feuerdörfer

Eigentlich ist das hier besprochene und empfohlene Buch „Feuerdörfer – Wehrmachtsverbrechen in Belarus – Zeitzeugen berichten“ der Autor*innen Ales Adamowitsch, Janka Bryl und Uladasimir Kalesnik ein altes. Schon 1975 war es in Belarus erschienen, aber da konnten es die meisten aufgrund fehlender Sprachkenntnisse nicht lesen. Danach wurde es in der DDR verlegt, aber aus politischen Gründen (und weil wohl noch viele Täter lebten?) durften wir es nicht lesen. Jetzt ist es im Aufbau-Verlag, Berlin herausgekommen, hat jüngst für die Übersetzung den deutschen Buchpreis bekommen. Jetzt können und dürfen wir die 357 Seiten lesen. Und wir sollten sie lesen!

Nicht nur, weil sich der Untergang der nationalsozialistischen, rassistischen, mörderischen Diktatur zum 80sten Mal jährt und die Nazis „nicht vom Himmel gefallen“ sind. Viele haben bei ihren Verbrechen mitgeholfen und sind oft später nicht zur Verantwortung gezogen worden. Von diesen brutalen Verbrechen, fußend auf einer rassistischen Vernichtungsideologie, berichten für den Raum Belarus Zeitzeugen in diesem Buch. Das massenhafte Morden und Verbrennen der einheimischen Bevölkerung, die systematische Entvölkerung des „Lebensraums im Osten“ wurde mit dem „Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion“ begonnen. Bereits Anfang 1941 forderte Heinrich Himmler, die slawische Bevölkerung um 30 Millionen zu vermindern. Für den Vernichtungskrieg wurden Recht und Gesetz außer Kraft gesetzt. „Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.“, heißt es in Adolf Hitlers Kriegsgerichtsbarkeitserlass vom 13. Mai 1941.

Für das Buch reisten Autorin und Autoren durch versengte Landschaften in der belarussischen Provinz, zeichneten in 147 Dörfern Gespräche mit Überlebenden der verbrannten Dörfer auf, führten und transkribierten über 300 Gespräche.

Zwischen 1941 und 1944 fielen in Belarus über zwei Millionen Men-

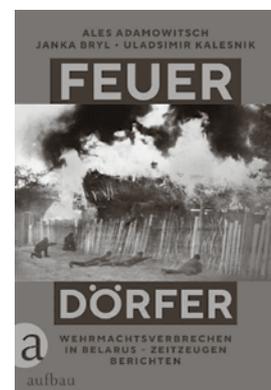
schen den deutschen Mordkommandos zum Opfer, mehr als 9.100 Dörfer wurden zerstört.

„In jedem Hof hatten sie drei Mann abgestellt, die alle gleichzeitig die Menschen umbringen sollten. (...) Und dann kommen sie ins Haus und bringen die Kinder um, die alten Weiblein...Mir haben sie die Mutter getötet. (...) Die Patronen lagen da und alles... Alles lag da. Ich kam später und konnte nur noch meine Leichen begraben. (...) Nur die nicht verbrannt waren. (...) 180 Menschen haben sie umgebracht.“ (Auszüge aus dem Interview mit Iwan Wikenzjewitsch aus Hardoka). Dieses Interview verdeutlicht Dreierlei: Erstens: Das Buch ist nichts für schwache Nerven, vor allem nicht die Interviews! Zweitens: Die Augenzeugen reden einfach, sind „einfache“ Menschen, sind keine Intellektuellen. Drittens: Faschisten und Rassisten reden nicht einfach so nur daher, sondern setzen das Gesagte auch um! Das sollte auch nicht vergessen werden!

Das im Buch aufgelistete Grauen wurde nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern viele deutsche Täter und ihre Helfer übten bewusst und überzeugt die schlimmsten Grausamkeiten und Morde aus. Auch dies sollte heute noch zu denken geben!

Das Buch möge, wie im Nachwort geschrieben, als Pionierwerk des dokumentarischen, vielstimmigen Erzählens seinen festen Platz in der deutschen und internationalen Erinnerungskultur bekommen.

Frank Rehberg



Feuerdörfer. Wehrmachtsverbrechen in Belarus – Zeitzeugen berichten von Ales Adamowitsch, Janka Bryl und Uladasimir Kalesnik, Übersetzer Thomas Weiler, 39 Euro, Aufbau Verlag 2024

Vorbemerkung der Redaktion:

Die folgende Rezension hat innerhalb der Redaktion größere Diskussionen ausgelöst. Die vom Autor vertretene weitgehende Zustimmung zu den Thesen Heiner Karuscheits stieß auf Kritik. Es bestand zwar Konsens darüber, dass die von Karuscheit vorgebrachten Argumente, etwa die starke Stellung des Adels in der Armee, die undemokratischen Verhältnisse in Preußen und die deutsche Neigung zum Obrigkeitsstaat, ihre Berechtigung haben und bei der Einschätzung der Geschichte berücksichtigt werden müssen. Aber, so der Einwand, Karuscheit und damit auch der Rezensent würden da-

bei zu weitgehende Schlüsse ziehen. Das Kaiserreich von 1871 bis 1918 müsse im Kern als bürgerlicher Staat, wenn auch mit Abweichungen von dessen Idealbild, angesehen werden. Die Junker seien zwar überproportional einflussreich gewesen, aber nicht die herrschende Klasse in diesem Staat und zu dieser Zeit.

Mit diesen kritischen Anmerkungen in Kurzform soll die Diskussion aber keineswegs abgeschlossen werden, ganz im Gegenteil.

Der Zufall wollte es, dass kurz zuvor auch ein Leserbrief von Heiner Karuscheit selbst einging, der ebenfalls im folgenden abgedruckt wird.



Karuscheits Trilogie zur neueren deutschen Geschichte Teil 1: Die Vorgeschichte des 1. Weltkrieges

Anfang dieses Jahres ist das Buch „Der deutsche Rassenstaat. Volksgemeinschaft & Siedlungskrieg: NS-Deutschland 1933–1945“ im VSA-Verlag erschienen. Es setzt die Reihe von Untersuchungen zur deutschen Geschichte fort, die Heiner Karuscheit vor über zehn Jahren mit seiner Arbeit Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg, begonnen hat. In der Zwischenzeit hat er Die verlorene Demokratie. Der Krieg und die Republik von Weimar. geschrieben. Diese Analysen bauen aufeinander auf, daher muss man sich entsprechend der historischen Abfolge mit ihnen beschäftigen. Können die Thesen einer Arbeit widerlegt werden, erübrigt sich die Beschäftigung mit den folgenden. Daher startet die Serie mit Deutschland 1914. In Zukunft werden wir in loser Folge seine weiteren Arbeiten vorstellen.

Jemand, der im Westen Deutschlands Sozialist werden wollte, konnte die dafür notwendige Bildung nicht in seiner Schule erhalten. Er musste sich andere Lehrer suchen. Hier standen viele Alternativen zur Verfügung. Beim Autor dieser Zeilen reichte das von Bernt Engelman¹, einem linken SPDler, über die Zeitschrift konkret und die frühe taz, bis zum Trozismus und der DKP.

Die dort anzutreffende Erklärung für den Ersten Weltkrieg findet sich gut zusammengefasst in einem Geschichtsbuch der DDR wieder:

„Durch die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Staaten hatten sich seit der Jahrhundertwende die Gegensätze zwischen ihnen verschärft. Die imperialistischen Großmächte drängten auf eine Neuaufteilung der Welt und waren bereit, ihre wirtschaftlichen Interessen mit den Mitteln des Krieges durchzusetzen. Besonders aggressiv war dabei der deutsche Imperialismus. Er wartete auf eine Gelegenheit, seine Eroberungspläne zu verwirklichen.“²

So wie man in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern die Lehrinhalte der Schule akzeptierte, machte man das bei politischen und historischen Fragen, mit Einschränkungen, bei den oben genannten Institutionen. Hinsichtlich des Ersten Weltkrieges gab es keine wirklichen Differenzen. Daher dachte man, dass die ihn auslösenden Faktoren zumindest in der Linken nicht mehr strittig seien. Doch mit der Zeit kamen einem erste Zweifel.

Das hatte mit Beschreibungen des erfolgreichen Wirkens der deutschen Industrie im Europa vor dem Großen Krieg zu tun. Man stellte verblüffende Ähnlichkeiten mit der Art und Weise fest, wie sich diese Industrien nach dem Zweiten Weltkrieg Europa

ökonomisch unterworfen haben. Was hätten sie in so einer Lage mit einem Krieg gewinnen können?

Daneben stieß man immer wieder auf Hinweise, dass nicht alle Industriellen bzw. Industriezweige an einer annexionistischen Außenpolitik interessiert waren. Als Beispiel soll ein Zitat von Hugo Stinnes dienen, das vor Jahren Otto Köhler ausgegraben hat.

„Und sehen Sie, was das heißt, wenn ich langsam aber sicher mir die Aktienmehrheit von dem oder jenem Unternehmen erwerbe, wenn ich nach und nach die Kohleversorgung Italiens immer mehr an mich bringe, wenn ich in Schweden oder Spanien wegen der notwendigen Erze unauffällig Fuß fasse, ja mich in der Normandie festsetze – lassen sie noch drei oder vier Jahre ruhigen Frieden sein, und Deutschland ist der unbestrittene wirtschaftliche Herr Europas. ... Also drei oder vier Jahre Frieden, und ich, ich sichere die deutsche Vorherrschaft in Europa im Stillen.“³

Das ist in etwa das Konzept, mit dem Deutschland heute die EU dominiert. Da stellt man sich natürlich die Frage, warum wurde dieser Weg abgebrochen und auf Krieg gesetzt?

Auffassungen wie die von Stinnes wurden in Deutschland nur von einer Minderheit vertreten. Das heißt aber

1– Deutscher Schriftsteller und Journalist, am Ende der NS-Diktatur Mitarbeit im Widerstand und aufgrund dessen im KZ inhaftiert. Nach dem Krieg Mitglied der SPD.

2– Geschichte. Lehrbuch für Klasse 8. Berlin 1975, S. 178

3– junge Welt, 10.04.2014, S. 10; Kaiser von Deutschland. Wozu brauche ich Krieg, dachte Hugo Stinnes 1911, die Welt liegt mir zu Füßen. Doch drei Jahre später ließ er sich vom Nutzen des großen Mordens überzeugen.

nicht, dass sie falsch waren, auch wenn Stinnes sich mit Kriegsbeginn zum Annexionisten wandelte. Dass imperialistische Länder untereinander nicht unbedingt auf Krieg setzen, zeigt das Verhalten von Frankreich und Großbritannien. Sie begannen schon im 19. Jahrhundert nicht mehr direkt aufeinander zu schießen. Der letzte Zusammenstoß zwischen französischen und britischen Truppen fand 1815 in Waterloo statt. Für die Zeit danach wird von „Kolonialspannungen“ berichtet. Doch sie ließen diese Gegensätze nie zu einem Waffengang eskalieren. Auch die Ablösung Großbritanniens als führende Weltmacht durch die USA verlief ohne militärische Auseinandersetzungen zwischen ihnen.

Der Blick auf diese Länder stellt die Frage noch eindringlicher in den Raum. Warum ist das aufstrebende Deutsche Reich in diesen Krieg gezogen? Aufgrund seines wirtschaftlichen Erfolges kann es dafür keine ökonomische Erklärung geben.

Eine neue Antwort auf diese Frage gibt Heiner Karuscheit in seiner Arbeit Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg. Dort stellt er die These auf, dass Deutschlands Drang nach einem Waffengang „sich nicht aus der Außenpolitik, sondern aus der inneren Lage des Reichs“⁴ ergab. Mit der inneren Lage des Reichs meint er nicht die Verwertungsinteressen des Kapitals, sondern das Verhältnis zwischen den Klassen.

Karuscheits Argumente

Die Beweisführung für diese These beginnt mit der gescheiterten Revolution von 1848. Nach der Niederlage der Revolutionäre waren die sie antreibenden Gründe nicht aus der Welt. Weder war man der deutschen Einheit, der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes, näher gekommen, noch war Preußen demokratisch.

Die Reichsgründung von 1871 baute auf einem „Klassenkompromiss zwischen der preußischen Krone und dem Militäradel auf der einen, dem Bürgertum auf der anderen Seite“.⁵ Dabei realisierte Bismarck die nationalen Träume der Bürgerlichen, während diese auf die Demokratisierung des Landes verzichteten.

Mit diesem Kompromiss wurde die führende Rolle des Adels in der Gesellschaft nicht angetastet. Das zeigt die

Sonderrolle des Staates Preußen im Deutschen Reich. Durch das preußische Dreiklassenwahlrecht war sichergestellt, dass hier immer die Konservativen und ihre Verbündeten die Mehrheit stellten. Dazu gesellte sich die außerparlamentarische Stellung der Armee. Sie befand sich in der Hand des Adels. Damit konnte gegen diese Klasse keine Politik gemacht werden. Frei nach dem Diktum des NSDAP-Mitglieds Carl Schmitt, „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“, war der Militäradel gewissermaßen der Souverän des Deutschen Reiches. Deshalb handelte es sich bei diesem Staat auch nicht um einen bürgerlichen Staat.

Dieser Kompromiss war von bürgerlicher Seite nur als zeitweiliges Zugeständnis gedacht. Doch das Entstehen der Arbeiterbewegung verlieh ihm Dauer. Er verwandelte sich von einer undemokratischen Last in eine Versicherung gegen die Revolution.

Das änderte sich mit der Zeit. Die Arbeiterbewegung wurde in einem langen Prozess in den preußisch-deutschen Staat integriert. Das bezeichnet Karuscheit in Deutschland 1914 noch als Verbürgerlichung, in einer Fußnote in Der deutsche Rassenstaat korrigiert er sich. Die weitergehende Beschäftigung mit dem Thema hat ihn zu der Auffassung geführt, „dass die Anpassung an den Staat, dem Charakter des Kaiserreichs entsprechend, nicht die Verbürgerlichung, sondern die Verpreußung der SPD zur Folge hatte.“⁶ Durch die Verpreußung der Arbeiterbewegung gewann das Bürgertum Handlungsfreiheit.

Das entfaltete nach 1909 seine Wirkung. In diesem Jahr zwang die finanzielle Situation des Staates den Reichskanzler zu einer Steuerreform. Da ihre Notwendigkeit eine Folge des Schlachtflottenbaus war, wurde sie von allen liberalen Strömungen

getragen. Doch das Gesetz enthielt auch eine geringfügige Besteuerung der Landgüter. Das lehnten die Konservativen rigoros ab. Der Vorschlag scheiterte und damit „brach das ganze System der Sammlungspolitik auseinander, das Bismarck zur Stabilisierung der alten Ordnung etabliert hatte, und anschließend barsten wie in einer Kettenreaktion die Stützpfeiler dieser Ordnung einer nach dem anderen, bis am Ende der Gesellschaftsvertrag, der das Reich jahrzehntelang zusammengehalten hatte, in Trümmern lag.“⁷

Nachdem sich die gesellschaftlichen Kräfte neu sortiert hatten, stand „die alte Ordnung und mit ihr der Militäradel vor dem Aus. Das Nächstliegende, um dem Untergang zu begegnen, wäre ein Staatsstreich gewesen.“⁸ Das wurde auch versucht, scheiterte aber „weil weder (der Reichskanzler, E.B.) Bethmann Hollweg noch Wilhelm II. dafür zu gewinnen waren.“⁹

„Wenn aber ein Staatsstreich nicht möglich war, blieb nur der Umweg über einen Krieg. Ein neuer Krieg würde demonstrieren, dass nicht das Parlament, sondern das Heer Deutschlands Stärke garantierte, und dass es der Militäradel war, der für den Erfolg verantwortlich zeichnete. Nach dem erwarteten Sieg konnte man sowohl das Wahlrecht als auch die Rechte des Parlaments beschneiden, um so die alten Autoritäten und Machtverhältnisse auf unabsehbare Zeit neu zu befestigen.“¹⁰

So ist es gekommen. Der Krieg schuf die Bedingungen für die Errichtung einer Militärdiktatur „und selbst dann wurden Regierung und Kaiser formal im Amt gelassen, um die Fassade aufrechtzuerhalten“.¹¹ Daher ist für Karuscheit der Erste Weltkrieg ein Krieg zur Aufrechterhaltung der alten Ordnung. Er lässt sich nicht mit Lenins Imperialismustheorie erklären, die die Basis des Zitats aus der DDR bildet. Mit Lenins Ausführungen hat sich Karuscheit in einem späteren Aufsatz separat beschäftigt.¹²

4– Karuscheit, Heiner; Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg. Hamburg 2014, S.243

5– Ebd. S.37

6– Karuscheit, Heiner; Der deutsche Rassenstaat. Volksgemeinschaft & Siedlungskrieg: NS-Deutschland 1933-1945. Hamburg 2025, S. 23

7– Karuscheit 2014, S. 182

8– Ebd. S.210

9– Ebd.

10– Ebd. S.211

11– Ebd. S.210

12– „Kriegsfragen. Warum der Erste Weltkrieg nicht mit Lenins Imperialismustheorie zu erklären ist“ in: H. Karuscheit, J. Wegner, K. Werneke, J. Wollenberg; „Macht und Krieg. Hegemoniekonstellationen und Erster Weltkrieg“, Hamburg 2015

Diese Erkenntnisse sind starker Tobak für alle Sozialisten und Kommunisten, die einmal gelernt haben, dass der Grund für den Ersten Weltkrieg im Expansionsstreben des Kapitals liegt. Starker Tobak auch deshalb, weil damit die Basis einer ganzen Reihe von weiteren linken Auffassungen in sich zusammenfällt.

Karuscheits Thesen im Vergleich

Die neueren Bücher zum Ersten Weltkrieg sind meist, wie auch das seine, im Umfeld des 100. Jahrestages seines Anfangs erschienen. Das liegt gute zehn Jahre zurück. Am bekann-

toriker Bernhard Sauer nüchtern die historischen Fakten auf den Tisch. Doch die Frage, warum die herrschende Klasse Preußens den Krieg wollte, stellt er nicht. Das ist seltsam. Er sollte von Karuscheit gehört haben. Beiträge von beiden finden sich in einem Buch des VSA-Verlags zur Novemberrevolution.¹⁴ Sauer referiert in seinem Buch das Septemberprogramm, in dem die Kriegsziele des Reichs festgehalten wurden. Wie er schreibt, wurde mit der Arbeit an diesem Text aber erst nach Kriegsbeginn begonnen.¹⁵

Damit bestätigt er Karuscheits Aussage, dass Deutschland als Staat ohne Kriegsziele in den Kampf ge-

*Krieges verwirklicht werden“.*¹⁶ Damit schlägt er sich indirekt auf die Seite derer, die den Krieg auf ökonomische Ursachen zurückführen. Die möglichen innenpolitischen Gründe für den Krieg fallen unter den Tisch.

Manchmal hat man bei Auseinandersetzungen über historische Fragen den Eindruck, – nicht nur in Deutschland –, dass hinsichtlich der eigenen Geschichte Scheinkämpfe geführt werden. Die sich streitenden Parteien diskutieren Aspekte, die nicht zur Erklärung eines Ereignisses beitragen. So werden wichtige Fragestellungen verdrängt und damit auch die fortbestehenden Gründe, die die Gesellschaft in eine Katastrophe ge-



Kaiser Wilhelm II. (Mitte) in einer „Lagebesprechung“ 1917 mit Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg (links) und General Erich Ludendorff.

testen ist das Werk „Die Schlafwandler“ von Christopher Clark. Dieses und die ähnlich argumentierender Autoren werden hier ignoriert. Sie sind mehr Propaganda als ernsthafte Beiträge zur Debatte.

In einer tatsächlich aktuellen Veröffentlichung¹³ von 2023 legt der His-

zogen ist. Ein Fakt, der innenpolitische Gründe nahe legt. Doch Sauer weist, richtigerweise, auf die weitreichenden Eroberungsforderungen des Alldeutschen Verbandes und der Schwerindustrie hin. Diese wurden schon in früheren Jahren erhoben und sollten „auch mit den Mitteln des

führt haben.

In Deutschland geschieht das beim Streit zwischen den „Schlafwandlern“ und den „Imperialisten“. Damit geraten die innenpolitischen Verhältnisse aus dem Blick. Dazu gehören auch die vergebenen Möglichkeiten, den Weg in den Krieg zu erschweren. Das kann für heute bedeutsam sein. In weiteren Arbeiten Karuscheits, aber auch anderer Autoren, wird eine SPD sichtbar, die sich öffentlich gegen den Militarismus wandte. Aber durch ihr reales

13– Sauer, Bernhard; *Der Erste Weltkrieg - ein Verteidigungskrieg?* Berlin 2023

14– Karuscheit, Heiner; Sauer, Bernhard; Wernecke, Klaus; *Vom „Kriegssozialismus“ zur Novemberrevolution.* Hamburg 2018

15– Sauer 2023, S. 37

16– Ebd.

Handeln hat sie ihn mitgetragen. Da fallen einem sofort Parallelen zur Linkspartei ein. Verbal ist man gegen die immensen Aufrüstungsprogramme, aber ihre Vertreter im Bundesrat stimmen der dazu notwendigen Verfassungsänderung zu. Irgendwelche Parteistrafen wurden gegen diese „Genossen“ bisher nicht verhängt.

Wie eine tabulose Diskussion zum Ersten Weltkrieg aussieht, zeigt eine Schrift aus der Schweiz. Darin hat der Historiker Ignaz Miller einen unbefangenen Blick auf die Zustände im Kaiserreich geworfen.

Er macht hinter Deutschlands Kriegsentscheidung drei Faktoren aus, „Überrüstung, Überschuldung und Übermut“¹⁷. Polemisch kann man Millers Position so zusammenfassen, dass Deutschland mit dem Krieg Frankreich zu einer Kriegsentschädigung zwingen wollte, um damit die enorme Staatsverschuldung abzubauen. Das ist ein monetärer Grund, dem ein innenpolitisches Motiv zu Grunde liegt.

Zur Begründung des „Übermuts“ führt er einen ganzen Strauß an Gründen an, die zu einer „spezifischen Mentalität“¹⁸ Deutschlands gehören. Darunter die mangelnde Fähigkeit, Kräfteverhältnisse realistisch einschätzen zu können. Miller hält das für ein historisches Problem, da „der europäische Fortschritt unverkennbar“¹⁹ sei. Trotzdem kommt er immer wieder auch auf die Gegenwart zu sprechen, wo er im deutschen Verhalten während der Eurokrise Restbestände dieses Denkens findet.

Unterschiedliche Erklärungsansätze gibt es bei ihm nicht. Er zitiert einfach alle Quellen. Darunter auch diese: „Die im Reichstag von den Konservativen repräsentierten Junker wollen um jeden Preis eine Erbschaftssteuer vermeiden. Wenn der Friede anhält, ist sie unvermeidlich. Der Reichstag hat sie in seiner letzten Sitzung der abgelaufenen Session grundsätzlich beschlossen. Sie ist ein schwerer Schlag für die Interessen und Privilegien des grundbesitzenden Adels. Auf der anderen Seite bildet dieser Adel eine militärische Aristokratie. Es ist aufschlussreich, die Rangliste der [königlich preussischen] Armee mit dem Gotha zu vergleichen. Einzig ein Krieg kann sein Prestige wahren und seinen Familieninteressen dienen [...]. Das Grossbürgertum [...] hat nicht dieselben Gründe wie die Junker, einen Krieg zu

wollen. Bis auf einige Ausnahmen ist es jedoch kriegsgestimmt. Aus Gründen der sozialen Ordnung [...]. Die Waffen- und Rüstungsfabrikanten, die Grosskaufleute, die grössere Märkte verlangen, die Bankiers, die auf ein goldenes Zeitalter spekulieren und eine nächste Kriegsenttäuschung, denken schliesslich, dass der Krieg ein gutes Geschäft sei.“²⁰

Unwillkürlich vermutet man hier Karuscheit als Autor. Doch das Zitat stammt aus einem Bericht an den damaligen französischen Außenminister, Stéphen Pichon, über die öffentliche Meinung in Deutschland. Er basiert auf den Mitteilungen der Konsulate und Botschaften in den einzelnen Staaten, die das Kaiserreich bildeten. Als Datum wird der 30. Juli 1913 angegeben. Ein Jahr vor Kriegsbeginn! Miller gibt als Quelle ein *Livre Jaune* an. Das ist eine Edition²¹ diplomatischer Berichte, mit der man der deutschen Propaganda entgegengetreten ist.

Die Reaktionen auf Karuscheits Thesen

Eine Internetrecherche zu seinem Buch bringt wenige Treffer. Am interessantesten ist die Besprechung des Berliner Historikers Henning Holsten im *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*²². Zur Einordnung dieser Publikation sei vermerkt, dass die entsprechende Ausgabe einen Druckkostenzuschuss von der Rosa-Luxemburg-Stiftung erhalten hat.

Holsten beschäftigt sich eingehend mit Deutschland 1914 und ordnet die Untersuchung in die Debatten zum 100. Jahrestags des Kriegsbeginns ein. „Entgegen dem Bild ‚schlafwandelnder‘ Diplomaten, die blind und ahnungslos in die Katastrophe stolperten, beharrt der Publizist Heiner Karuscheit in seinem ... Buch auf den grundlegenden Erkenntnissen der Fischer-Schule, die sich in den 1970er-Jahren sozialgeschichtlich erweitert zum Paradigma vom ‚deutschen Sonderweg‘ verdichteten und

seither die historiografischen Debatten um die Modernität bzw. Rückständigkeit des wilhelminischen Kaiserreiches bestimmen. Ausgehend vom ‚Primat der Innenpolitik‘ (Eckart Kehr) sucht er die Ursachen des Krieges nicht in der Konkurrenz der Großmächte, sondern in den Klassenkonflikten innerhalb des Deutschen Reiches. Dabei löst sich K., langjähriger Mitherausgeber der kommunistischen Aufsätze zur Diskussion, weitgehend von den marxistisch-leninistischen Dogmen seiner früheren politischen Publizistik.“

Nach einer Beschreibung des Inhalts stellt Holsten die Frage: „War es auf der anderen Seite wirklich nur eine kleine ‚preussische Herrschaftskaste‘, die das Deutsche Reich und ganz Europa aus innenpolitischen Machterhaltungsmotiven in die Katastrophe des Weltkrieges trieb? K. erwähnt selbst, dass es auch innerhalb der progressiven Parteien Kräfte gab, die sich vom Krieg eine klassenpolitische Machtverschiebung zu ihren Gunsten versprochen. Militarismus, nationales Prestigedenken und ein sozialdarwinistisches Politikverständnis waren in der wilhelminischen Öffentlichkeit weit über konservative Kreise hinaus verbreitet – und hatten ihre Entsprechungen in fast allen europäischen Ländern. Medien- und kulturgeschichtliche Dynamiken, wie sie seit bald 20 Jahren die ‚Neue Politikgeschichte‘ in den Fokus nimmt, fehlen bei K. jedoch vollständig. So kommt er in seiner pointierten Zusammenfassung der Sonderwegsthese im Grunde auch nicht über die Erkenntnisse von Fritz Fischer, Hans-Ulrich Wehler und Dieter Groh hinaus. Als linke Gegenposition zum aktuellen diplomatiegeschichtlichen Revisionismus, der die Forschungsergebnisse der alten ‚Kehr-Schule‘ oft nicht widerlegt, sondern einfach nur ignoriert, hat die Studie deshalb durchaus ihren Wert. Doch neues Licht auf den deutschen ‚Sprung ins Dunkle‘ (Bethmann Hollweg) im Juli 1914 wirft sie nicht.“

Eckart Kehr war ein deutscher Historiker. Er promovierte 1927 mit einer Arbeit über Schlachtflot-

17– Miller, Ignaz; *Mit vollem Risiko in den Krieg*. S. 12, Zürich 2014

18– Ebd. S. 13

19– Ebd. S. 161

20– Ebd. S. 71

21– *Les pourparlers diplomatiques (17 mars 1913-4 septembre 1914) X Le livre jaune français*. Paris/Nancy 1915

22– https://library.fes.de/jbzg/jbzg2014_2.pdf

tenbau und Parteipolitik 1894–1901. Dort vertrat er die Position, dass die Außenpolitik der damaligen Zeit hauptsächlich durch die Gegensätze zwischen Junkertum und Bourgeoisie im Inland beeinflusst worden sind. Kehr gilt als von Max Weber und Karl Marx beeinflusst, gehörte aber nicht zum kommunistischen Milieu der Weimarer Republik. Trotzdem meinte der Historiker Gerhard Ritter 1931: „Dieser Herr sollte sich, scheint es mir, lieber gleich in Rußland als in Königsberg habilitie-

deutschen Sprung ins Dunkle“ wirft. Für die sozialistisch-kommunistische Bewegung trifft das aber nicht zu.

Das zeigt eine Kurzrezension in der Z. Zeitschrift *Marxistische Erneuerung*. Darin schreibt der inzwischen verstorbene Historiker Reiner Zilkenat: Der Autor „... gelangt schließlich zu der Anschauung, dass der Steuerkonflikt zwischen den im ‚Bülowblock‘ agierenden Nationalliberalen, Linksliberalen und Konservativen im Jahre 1909 einen irreparablen Bruch des

– im Minimum ein von Deutschland dominiertes ‚Mitteleuropa‘ und ein groß dimensioniertes Kolonialreich in Afrika – mit kriegerischen Mitteln zu realisieren. Dabei schreckte man vor einem Präventivkrieg nicht zurück. Der Autor kennt offenbar nicht die einschlägigen Quellen oder blendet sie aus, weil sie seinen Thesen widersprechen.“ Das überrascht, weist Karuscheit doch auf diese Papiere hin.²⁵ Der Unterschied zwischen den beiden liegt nicht in den genutzten Quellen, sondern in deren Interpretation. Auf die Argumente Karuscheits geht Zilkenat aber nicht ein.

Nicht alle mit der DDR verbundenen Historiker verweigern sich neuen Erkenntnissen. So hat der aus einer antifaschistischen Familie stammende Werner Röhr Karuscheit zwar nicht rezensiert, aber seine Interpretation der Fakten weitgehend übernommen. Das hat er im seinem Buch *Hundert Jahre deutsche Kriegsschulddebatte*.²⁶ versteckt. Bei den Recherchen zu diesem Text ist man im Archiv der jungen Welt²⁷ zufällig darüber gestolpert. Sie hat das maßgebliche Kapitel als Vorabdruck veröffentlicht.



Oberster Kriegsherr Kaiser Wilhelm II. (vor dem Tisch) mit der ersten Obersten Heeresleitung, Generälen und Politikern Fotomontage

ren. Denn da gehört er natürlich hin: einer der für unsere Historie ganz gefährlichen ‚Edelbolschewisten‘.“²³

Holsten ordnet Karuscheit in eine Traditionslinie der deutschen Geschichtswissenschaft ein. Diese war einem bis heute unbekannt. Warum? Haben die Vertreter der in Deutschland dominierenden Thesen den öffentlichen Raum derart besetzt, dass daneben kein Platz für die „Kehr-Schule“ geblieben ist? Oder war man selber so stark im ökonomistischen Denken gefangen, dass man die Hinweise darauf nicht wahrgenommen hat? Aus Sicht der Geschichtswissenschaft mag Holsten recht haben, dass Karuscheits Studie kein „neues Licht auf den

Bündnisses zwischen Adel und Bourgeoisie bedeutete. Neues hat Karuscheit bei alledem kaum zu bieten; seine Darstellung ist aber eine außerordentlich nützliche und detailreiche Zusammenfassung dessen, was zu dieser Thematik in Handbüchern und Standardwerken nachlesbar ist.“²⁴

Zilkenat teilt also Karuscheits Darstellung der Entwicklung bis zum Jahr 1909. Doch für die Zeit danach wirft er ihm vor: „Im Gegensatz zu dieser aus durchsichtigen Motiven verbreiteten Auffassung (Man ist in den Krieg hineingeschlittert. EB) hatte die Kriegspartei in Berlin, ... seit Jahren zielgerichtet darauf hingearbeitet, die erste sich bietende Chance zu nutzen, um die außenpolitischen Ziele

Resümee

Es findet sich kein Historiker, der Widerspruch gegen Karuscheits Untersuchung angemeldet hat. Dagegen werden viele Quellen beigebracht, die seine Sicht untermauern. Überraschend ist Karuscheits Zuordnung zu einer in der Weimarer Republik entstandenen geschichtswissenschaftlichen Strömung. Verblüfft ist man auch über den Text aus Frankreich. Schaut wirklich kein bundesdeutscher Historiker über den Rhein? Oder machen sie es doch und behalten ihre Erkenntnisse für sich, um nicht negativ aufzufallen?

Es ist sicher richtig, dass Karuscheit keine neuen Fakten vorzuweisen hat. Er ist aber wohl der erste, der aufzeigt, wie die Veränderungen innerhalb und zwischen den Klassen das Deutsche Reich in den Krieg geführt haben. Seine Untersuchung scheint die erste Klassenanalyse im deutschsprachigen Raum zum Ersten Weltkrieg zu sein. Man kann sie nur uneingeschränkt zum Lesen empfehlen.

Emil Berger

23– Zitiert nach Hans-Ulrich Wehler: Eckart Kehr. In: ders. (Hrsg.): *Deutsche Historiker*. Bd. 1. Göttingen 1971, S. 100

24– <https://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/de/article/1250.marx-und-die-neuen-themen.html>

25– Karuscheit 2014, S. 211 und 212

26– Röhr, Werner; „Hundert Jahre deutsche Kriegsschulddebatte. Vom Weißbuch 1914 zum heutigen Geschichtsrevisionismus.“ Hamburg 2015

27– *junge Welt* vom 16.06.2015, S. 12, „Brüchiger Machtblock“

Leserbrief zur linksradikalen Politik der KPD

In der Ausgabe der *Arsti* Nr.226 vom Winter 2024 „*Das Verhängnis einer ultralinken Politik unter vorrevolutionären Bedingungen am Beispiel der KPD 1919-1933*“ hat Harald Jentsch sich kenntnisreich mit der linksradikalen Politik der KPD auseinandergesetzt. Der Kritik kann man im Wesentlichen nur zustimmen, doch meine ich, dass sie noch einen Schritt weiter gehen müsste. Warum?

Die zentrale Frage zur Bewertung der KPD-Politik lautet nach meinem Dafürhalten, ob die Revolution, die nach dem Weltkrieg auf die Tagesordnung trat, dem Wesen nach eine proletarisch-sozialistische oder eine bürgerlich-demokratische Revolution war. Für die Spartakusgruppe und die aus ihr hervorgehende KPD war dies keine Frage, sie kämpfte als nächstes Ziel für eine sozialistische Revolution. Das von Rosa Luxemburg verfasste „Oktoberprogramm“ der Spartakus-Gruppe propagierte als Aufgabe des Tages die Errichtung der Diktatur des Proletariats, ebenso das mit dem „Oktoberprogramm“ weitgehend identische Gründungsprogramm der KPD vom 30. Dezember 1918.

Darin wurde mit Blick auf den Übergang zum Sozialismus u.a. die „Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe“ zwecks „Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften“ gefordert; nur „bäuerliche Kleinbetriebe“ sollten davon ausgenommen werden. Das heißt, Spartakus/KPD forderten nicht nur die Enteignung des Großgrundbesitzes, sondern der Masse der Bauernschaft. Eine solche Forderung musste das gesamte Kleinbürgertum, d.h. mehr als der Hälfte der Bevölkerung, zum Gegner der revolutionären Arbeiterbewegung machen. Dieses Revolutionsprogramm fand auch im Proletariat selber keine Mehrheit; die Spartakusgruppe war in der Rätebewegung isoliert.

Um die Novemberrevolution zum Erfolg zu führen, wäre das Konzept einer vom Proletariat geführten demokratischen Revolution im Bündnis mit dem Kleinbürgertum notwendig gewesen; erst deren Erfolg konnte den Weg zum Sozialismus frei ma-

chen. Es gab in der Vorkriegs-SPD auch immer wieder Diskussionen über das Verhältnis von demokratischem und sozialistischem Kampf sowie die Frage des Kleinbürgertums. Doch keine dieser Debatten wurde zu Ende geführt. Mit dem Revolutionsprogramm Luxemburgs war der revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung jedenfalls zum Scheitern verurteilt.

Daran schließt sich eine weitere Frage an, die in einem Leserbrief nur angerissen werden kann. Gemeinhin gilt die Novemberrevolution als ge-



scheiterte sozialistische Revolution. Aber muss sie nicht richtigerweise als gescheiterte bürgerliche Revolution gewertet werden?

Denn was war ihr Ergebnis anderes als eine nicht lebensfähige Republik, die aus einer von der SPD-Führung im Bündnis mit der preußischen Obersten Heeresleitung organisierten Konterrevolution gegen die Novemberrevolution hervorging (Ebert-Groener-Pakt)?

Es gab keine soziale Umwälzung, denn weder wurde der Großgrundbesitz enteignet noch Großindustrie und die Banken (deren Verstaatlichung einen späteren Übergang zum Sozialismus ermöglicht hätte). Erst recht nicht wurde der preußisch-deutsche Obrigkeitsstaat zerschlagen und neue demokratische Strukturen

aufgebaut (was die Rätebewegung in Angriff genommen hatte). Insbesondere behielt der junkerliche Militäradel die Herrschaft über die Streitkräfte, das entscheidende innenpolitische Machtinstrument. Real war die Republik nicht mehr als ein Überwurf ohne eigene Basis über den fortbestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen der alten Ordnung.

Wenn man die Novemberrevolution aber als gescheiterte bürgerliche Revolution begreift – liegt hier nicht ein Schlüssel für den Aufstieg des

Nationalsozialismus, der sich als Gegenbewegung nicht nur gegen „1917“ verstand, sondern auch gegen „1789“, d.h. gegen die zivilisatorischen Errungenschaften der bürgerlichen Revolution?

Gegenwärtig wird erneut der „Kampf gegen rechts“ gefordert, bis hin zur Warnung vor einem neuen Faschismus. Um derartige Forderungen richtig einzuordnen, würde es sich m.E. lohnen, wenn die Kommunisten die Fragen, die am Anfang ihrer Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg aufgeworfen wurden, noch einmal reflektieren würden, auch wenn das heißt, scheinbar sichere alte Gewissheiten auf den Prüfstand zu stellen.

Heiner Karuscheit, Gelsenkirchen,
5.Mai 2025

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 3,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	44 Seiten, 3,00 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) (z.Z. leider nicht lieferbar)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer),	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
 M. Derventli, Bucherstr. 20
 90408 Nürnberg
 Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Zuschriften:

Arbeiterstimme
 Postfach 910307, 90261 Nürnberg
 redaktion@arbeiterstimme.org

Bankverbindung:

M. Derventli, GLS-Bank
 IBAN: DE70 4306 0967 1353 5653 00
 BIC GENODEM1GLS

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Arbeiterstimme
 www.arbeiterstimme.org

Anzeige

August Thalheimer:

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €
 Arbeiterstimme
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg

oder:
 redaktion@arbeiterstimme.org

August Thalheimer:

Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung, 5,- Euro

Bestelladresse:
 Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 redaktion@arbeiterstimme.org

August Thalheimer:

Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950
 32 Seiten, 1,50 Euro
 Bestelladresse: Arbeiterstimme
 Postfach 910307, 90261 Nürnberg
 oder: redaktion@arbeiterstimme.org



ROTE HILFE e.V.

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

info@rote-hilfe.de ★ rote-hilfe.de

Online Beitritt



Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE



DIE ROTE HILFE

erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr.

Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

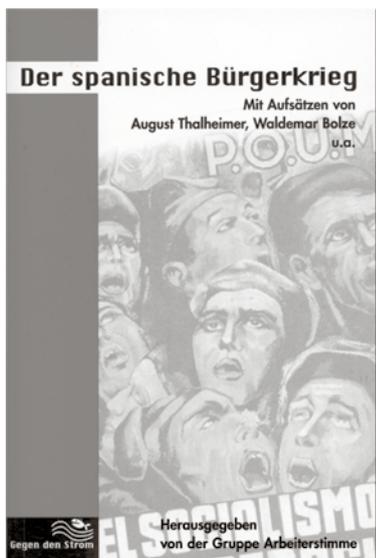
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Schwerpunkt 3/2025:
Abschiebehaft

**Solidarität organisieren
Mitglied werden!**



Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
 DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
 ISBN 3-9809970-4-9

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik
 296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:
 Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
 Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder:
redaktion@arbeiterstimme.org